Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1066 65 Fritz Katz, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 27. Oktober 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 201**

Alle Macht den Werktätigen!

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Kleinbauern, Pächter, Siedler!

Am 7. Dezember sollt Ihr einen neuen Reichstag wählen. Der Dawes-Reichstag vom 4. Mai hat als einzige Tat die Auslieferung Deutschlands an die amerikanischen Bankiers vollbracht. Nach dem Willen der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, sollt Ihr am 7. Dezember Ja sagen zur Durchführung des Dawes-Planes. Alle bürgerlichen Parteien, die Monarchisten und die Republikaner, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten sind einig in dem Willen:

Durchführung des Dawes-Gutachtens auf Eure Kosten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Seit dem 29. August, dem Tage der Annahme des Londoner Abkommens im Reichstage, streiten sich die bürgerlichen Parteien um die Ministersessel. Einig in dem Willen, die Lasten des Dawes-Planes auf die Schultern der arbeitenden Massen zu legen, sind sie nur

uneinig über die Verteilung der Futterkrippen

und über die beste Art der Maskierung der schamlosen Ausplünderung der breiten Massen. Ein Teil der bürgerlichen Parteien glaubt, die Hilfe der Sozialdemokratie nicht mehr zu brauchen, ein anderer Teil stützt sich auf die Tatsache, daß die Sozialdemokratie zehn Jahre lang bei der Sicherung von „Ruhe und Ordnung" trefflich geholfen hat und will auch ferner auf ihre aktive Mitwirkung bei der Durchführung des Sklavenpaktes nicht verzichten.

Die Sozialdemokratische Partei

kämpft um Ministersessel und spekuliert darauf, daß Ihr die Erfahrungen seit 1914 vergessen habt. Denkt daran: an fast allen Regierungen nach dem November 1918 haben die Sozialdemokraten aktiv teilgenommen. Ohne die Hilfe der SPD. hätte die Bourgeoisie in Deutschland niemals so weit in Eurer Knechtung und Unterdrückung kommen können. Die SPD. ist hungrig nach Ministersitzen, nach Regierungsstellen. Deswegen erzählt sie Euch, den arbeitenden Massen, heute das Märchen, Ihr könntet ohne Kampf, lediglich durch sozialdemokratische Minister in der deutschen Republik gar herrlich leben. Euch schwätzt sie von dem zukünftigen „Linksblock" vor, der dieses Rezept durchführen soll. Demokraten, Zentrum und Volkspartei versichern aber um die Wette, daß sie eine Regierung der Mitte machen wollen. Um koalitionsfähig zu bleiben, erzählt die SPD. ihren Freunden von den bürgerlichen Parteien, daß sie es mit dem Linksblock „nicht so ernst meint".

Grundsätzlich bereit, auch mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu gehen, kommt es der SPD. bei diesem Wahlkampf nur darauf an, so viel Mandate zu ergattern, daß sie wieder Ministersessel kriegen kann.

Die SPD. richtet ihre Hauptfront gegen die Kommunisten, weil sie ihre Schiebungen im Parlament möglichst ungestört von der Stimme der Kommunisten, der einzigen Arbeiterpartei, durchführen will.

Die Deutschnationalen sind das getreue Spiegelbild der Sozialdemokraten. Mit ihrer „grundsätzlichen Ablehnung" der Versklavung Deutschlands haben sie viele Arbeiterstimmen am 4. Mai erhalten. Für Ministersitze verkauften auch sie ihre „nationale Gesinnung" bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze. Die Deutschnationalen wollen in die Regierung, um ihren Anteil an der Ausbeutung Deutschlands durch eine feste Regierung zu sichern.

Die Deutschvölkischen sind in allen Fragen der wirtschaftlichen Ausbeutung mit allen übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitermassen, gegen die Angestellten, Beamten, gegen den Mittelstand aufmarschiert. Sie predigen den imperialistischen Revanchekrieg, und die deutsche Industrie, die weiß, daß sie nur in der Zwischenmeisterrolle für den ausländischen Ausbeuter ihren Profittanteil erhalten kann, schiebt die Phantasten beiseite.

Das Zentrum, das im Rheinland und in Oberschlesien einen katholischen Sozialisten vorschickt, schließt sich der scharfmacherischen Front gegen die Arbeiterklasse würdig an.

Gegen den Achtstundentag, gegen höhere Löhne, gegen die Amnestie der proletarischen Gefangenen kämpfen die Zentrumsindustriellen gleichfalls für die stabile Regierung, die die Profitrate garantiert.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Kleinbauern, Pächter und Siedler! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!

Durchschaut den neuen ungeheuren Volksbetrug aller bürgerlichen Parteien und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer. Wenn die Pazifisten vom Frieden reden, dann meinen sie Krieg; das zeigen Euch China und die neue Hetze gegen Sowjet-Rußland.

Wenn die Bürgerlichen und Sozialdemokraten von „gerechter Lastenverteilung" sprechen, dann meinen sie Abwälzung aller Lasten auf die Besitzlosen; das zeigen Euch Eure Löhne und die wachsende Teuerung.

Alle bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen und der Volkspartei bis zu den Völkischen und den Sozialdemokraten, haben sich verbündet gegen die Arbeiterklasse und gegen die einzige Partei der arbeitenden Massen, gegen die Kommunistische Partei.

Die Aera der Demokratie, der Freiheit und des Friedens, die mit der Annahme des Dawes-Planes beginnen sollte, wird eingeleitet mit der Verfolgung der gesamten kommunistischen Reichstagsfraktion und der neuerlichen Verhaftung zahlreicher kommunistischer Funktionäre.

Werktätige Männer und Frauen! Warum wahrt die Ausbeuterklasse nicht einmal während der Wahlen den Schein der „Demokratie"? Warum wird die Kommunistische Partei als einzige Partei des aufgelösten Reichstags mit solcher Hartnäckigkeit und Grausamkeit verfolgt?

Weil die Kommunistische Partei die Partei der arbeitenden Massen ist, weil sie jederzeit unerschütterlich und ohne jedes Schwanken innerhalb und außerhalb der Parlamente die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt.

Weil die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die keinen Frieden macht mit dem Kapitalismus,

die keiner Anteilnahme an einer bürgerlichen Regierung, die keiner parlamentarischen Korruption, keiner parlamentarischen Bestechung, keiner parlamentarischen Verlumpfung zugänglich ist.

Die KPD. wird verfolgt, weil die Revolution in Deutschland lebt.

Die KPD. wird verfolgt, um die Massen in den kommenden großen Klassenkämpfen der Führung zu berauben, um die Massen in der kommenden großen Elends- und Hungerzeit des Dawes-Deutschland wehrlos und willenlos an die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition der Sklavenhalter Morgans ausliefern zu können.

„Politische und soziale Ruhe" sind die Voraussetzungen der Verwirklichung des Dawes-Gutachtens. Damit aus Deutschland das große

Nationalzuchthaus

wird, in dem kein Aufschrei der Massen, keine Rebellion der Unterdrückten die Totenruhe des Stabilisierungswerkes auf Kosten der Werktätigen stört, soll der Einfluß der Kommunisten in den Massen durch Lügen und Verleumdungen, durch Terror und Verfolgungen zerstört werden.

Aber die Ausbeuter und ihre sozialdemokratischen Helfer haben die Rechnung ohne das Proletariat gemacht. Schon haben die Auswirkungen des Dawes-Gutachtens begonnen, den breiten Massen klarzumachen den Sinn der

Zuchthauswahlen 1924

Die KPD. hat gegen den Dawes-Plan gestimmt, weil er die Eisenbahner entrechtet, die nationale Selbständigkeit Deutschlands zerstört, indem er die Banken, die Industrie, die Eisenbahnen in die Hände einer internationalen Finanzclique ausliefert.

Die KPD. hat gegen den Dawes-Plan gestimmt, weil er für die Millionen Arbeiter, Angestellte, weil er für die Hunderttausende Kleinbauern Verewigung des sozialen Elends, Hunger, Not, sozjate und politische Entrechtung und Knechtung bedeutet.

Dem Plan des amerikanischen Finanzkapitals, der Kolonisierung Deutschlands, setzt die KPD. entgegen den Plan der wahren Sachverständigen, die allein berufen sind, über das Schicksal Deutschlands zu entscheiden.

Ihr Arbeiter in den Schächten, in den Gruben, in den Fabriken, und Ihr Werktätigen auf den Feldern, Ihr ausgeplünderten Angestellten und kleinen Beamten in den Kontoren, Ihr von der Hungerstabilisierung schwer bedrückten arbeitenden Frauen — Ihr seid die wahren Sachverständigen: Ihr müßt das Urteil sprechen:

Anstatt Eisenbahnen, Banken, Fabriken und Bergwerke in die Hände des internationalen Finanzkapitals auszuliefern, nehmt Gruben, Bergwerke und Fabriken, Eisenbahnen und Banken in Eure eignen Hände und verwaltet sie durch das werktätige Volk für das werktätige Volk.

An Stelle der Kolonisierung Deutschlands setzt die Sozialisierung!

Um dieses Ziel zu erreichen, um die arbeitenden Massen aus dem Elend zu erlösen, müßt Ihr jede Regierung zum Teufel jagen, die gegen die Arbeiterklasse regiert, gleichgültig, ob sie mit sozialdemokratischer Tünche angestrichen ist oder nicht.

Nur eine Regierung der Arbeiterklasse, nur die Herrschaft der Werktätigen kann das Klassenprogramm, das Rettungsprogramm der werktätigen Massen durchführen.

Die schwarzrotgoldene Monarchistenrepublik ist die unverhüllte Diktatur der Bourgeoisie. Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, Sturz des Kapitalismus, Aufrichtung der proletarischen Herrschaft, — das ist das Ziel, für das die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Parlamente kämpfen. Für dieses Ziel sitzen 7000 revolutionäre Arbeiter in den Zuchthäusern der Ebert-Republik. Für dieses Ziel werden 62 kommunistische Abgeordnete von den Spitzeln der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten durch das „freie" Deutschland gejagt. Für dieses Ziel sind Tausende der besten deutschen Proletarier in den Tod gegangen, und dieser

Kampf ist allein die Rettung aus dem Elend der werktätigen Massen in Stadt und Land!

Sechs Jahre demokratische Republik, sechs Jahre Kämpfe und Niederlagen, sechs Jahre Enttäuschungen haben den arbeitenden Massen in Deutschland die Lehre eingepeitscht, daß sie alles verlieren, wenn sie mit der Bourgeoisie paktieren. Die Novemberrungenschaften sind verloren. Der Achtstundentag ist tot. Niedrigere Löhne als in der Vorkriegszeit, wachsende Erwerbslosigkeit, wachsende Kurzarbeit, schwere Steuern, die auf die Schultern der armen Bauern und der Industriearbeiter drücken; die Teuerung, die seit der Annahme des Londoner Paktes täglich zunimmt, das sind die ersten Auswirkungen des

Stabilisierungsschwindels.

Um die Bourgeoisie zu stürzen, um die Arbeiterklasse zu befreien, müssen sich die Massen heute um die KPD. sammeln zum Kampfe gegen die Durchführung des Dawes-Gutachtens, zum Kampf für die Sicherstellung ihrer Existenz!

Wenn die Bürgerlichen und Sozialdemokraten von „gerechter Lastenverteilung" sprechen, dann meinen sie Abwälzung aller Lasten auf die Besitzlosen.

Wer der Bourgeoisie die Abwälzung der Lasten auf die Arbeiterklasse erleichtern will, der wählt am 7. Dezember bürgerlich oder sozialdemokratisch.

Wer am 7. Dezember zeigen will, daß die arbeitenden Massen den Kampf um ihre elementaren Lebensforderungen aufnehmen wollen, der demonstriert am 7. Dezember

gegen die Betriebsstillegungen,

gegen all die Arbeiter und armen Bauern bedrückenden Steuern (Lohnabzug, Mietsteuer, Steuern auf Genossenschaften), gegen die Schutzzölle,

gegen den Belagerungszustand,

gegen die Verbote der Arbeiterpresse,

gegen die Einkerkerung der revolutionären Proletarier,

gegen das Kapital und die Bourgeoisie,

für den Achtstundentag, für höhere Löhne,

für Einreihung der Erwerbslosen in die Betriebe,

für Erhöhung der Unterstützungen für Erwerbslose, Kriegs- und Arbeitsrentner,

für Beschaffung von Land, Düngemitteln, Saatgut, Maschinen für arme Bauern, Pächter und Siedler,

für den Sturz der Bourgeoisie,

für die Uebergabe aller Produktionsmittel in die Hände des arbeitenden Volkes,

für die Aufrichtung der Herrschaft der Werktätigen,

für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Eure Wahl am 7. Dezember muß ein Bekenntnis zum revolutionären Befreiungskampf sein, indem jeder seine Stimme gibt

der einzigen Arbeiterpartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei!

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241027-16/fragment/page=0001

Das Ergebnis der Hamburger Terrorwahlen

(WTB.) Hamburg, 27. Oktober.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der gestrigen Wahlen der Hamburger Bürgerschaft wurden im Wahlkreis I (Stadtgebiet) 501 024 und im Wahlkreis II (Landgebiet) 33 099 Stimmen abgegeben.

Es erhielten:

	im Stadtgebiet Stimmen	Sitze	im Landgebiet Stimmen	Sitze
Demokraten	66 983	20	3 517	1
Sozialdemokraten	162 282	49	11 074	4
Deutsche Volkspartei	66 868	20	7 736	3
Unabhängige Sozialdemokraten	1 591	—	—	—
Nationalsozialisten	12 817	4	763	—
Kommunisten	76 019	24	2 567	—
Zentrum	8 165	2	389	—
Deutschnationale	83 522	26	6 901	2

Zum Vergleich die Wahlziffern vom 4. Mai: SPD. 173 000, Deutschnationale 122 000, KPD. 114 000, Demokraten 81 000, Volkspartei 76 000.

*

Das Wahlergebnis in Hamburg zeigt zunächst einen allgemeinen Rückgang der Wählerstimmen. Dieser tritt immer bei derartig kurz aufeinanderfolgenden Wahlen ein. Dazu kommt aber noch die Enttäuschung breiter Schichten der Hamburger Einwohnerschaft über die Auswirkungen der Parlamentswahlen überhaupt. Sie wissen, daß die deutsche Bourgeoisie und der Morgan-Kapitalismus heute Deutschland in der Tasche stecken haben und sich den Teufel um das Geschwätz in den Parlamenten kümmern werden. Das hält große Schichten ehrlicher revolutionärer Arbeiter von der Wahlurne fern. Davon wird naturgemäß die Kommunistische Partei mit am stärksten betroffen, da gerade ihre Wähler — die nur zum kleinen Teil überzeugte und durchgebildete Kommunisten sind — in den letzten Monaten zur Genüge gesehen haben, wie brutal Regierung und Parlament selber den Willen der drei Millionen kommunistischer Wähler mißachten.

Zu den Hamburger Wahlen kommt aber als besondere Tatsache, daß es sich hier um ganz rücksichtslose Terrorwahlen handelt. In den letzten Wochen setzte in den Hamburger Großbetrieben ein maßloser Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ein, wobei die Gewerkschaften die Unternehmer nicht nur unterstützten, sondern vormärts trieben. Die Folge davon war, daß die besten Elemente aus den Betrieben entfernt und auf die Straße geworfen wurden. Dadurch wurde die notwendige Aufklärungsarbeit über die Auswirkung der Annahme des Sachverständigengutachtens und insbesondere gegen die antiparlamentarische Einstellung in den Betrieben wesentlich behindert. Außerdem litt der Wahlkampf der Partei unter der starken Behinderung der Propaganda durch die Polizei des sozialdemokratischen Senators, der durch seine Verbindung mit dem Reichsbanner und bei aktiver Unterstützung der Gewerkschaftsbureaukratie die Wahlpropaganda der KPD. zu unterdrücken versuchte. Die Flugblätter der KPD. verfielen der Beschlagnahme. Die Propagandatrupps wurden verhaftet, die Plakate abgerissen und unkenntlich gemacht.

Die sozialdemokratische Presse wird natürlich über das Ergebnis dieser Terrorwahlen triumphieren. Nur gemach, Ihr Herren Sozialdemokraten! Was Euch in Hamburg durch den konzentrierten Druck von Unternehmertum, sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Reichsbanner gelang, wird Euch am 7. Dezember im Reichsmaßstabe bestimmt mißlingen. Hamburg war eine Lehre. Hamburg zeigt der kommunistischen Arbeiterschaft und den mit ihr sympathisierenden Massen, daß der Wahlkampf noch intensiver, noch rücksichtsloser aufgenommen werden muß. Keine Schonung den sozialdemokratischen Verbrechern! Mit der Clique der schwarzrotgelben Morgan-Lakaien wird die Kommunistische Partei fertig werden!

Wir kämpfen am 7. Dezember nicht um die Behauptung einer Position. Wir kämpfen um Verbreiterung unseres Anhangs in den arbeitenden Massen. Genossen, heraus zu verstärkter Arbeit. Setzt mit solchem Hochdruck ein, daß den Sozialdemokraten der letzte Jubelschrei über den Hamburger Wahlausfall vor Schreck in der Kehle sitzen bleibt.

Die neueste Wahlmache

„Aufhebung des Ausnahmezustandes."

WTB. meldet:

Berlin, 25. Oktober. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom heutigen Tage die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zuzeit noch bestehenden Ausnahmebestimmungen aufgehoben.

*

Noch laufen die Haftbefehle gegen sämtliche Reichstagsabgeordneten der KPD., noch sind die verwüsteten Zimmer der von den Haussuchungen betroffenen Genossen nicht aufgeräumt — und schon verkündet der Herr Reichspräsident, daß er den noch immer bestehenden Ausnahmezustand aufhebe. Eine plumpe Wahlmache! Wir glauben, daß diese Meldung, angesichts des in den letzten Tagen ungeheuerlich gestiegenen Justiz- und Polizeiterrors gegen die Kommunisten, keines großen Kommentars bedarf. Niemand wird daran zweifeln, daß mit oder ohne formellen Ausnahmezustand die Knebelung der Kommunistischen Partei, insbesondere ihrer jetzigen Wahlkampagne, weitergehen wird. Der Morgan-Profit verlangt Ruhe und Ordnung, verlangt eine starke Faust gegen die „umstürzlerischen Bestrebungen". Herr Ebert, die SPD. und der übrige Bürgerblock bis zu den Völkischen sind gewillt, diese Voraussetzungen des Morgan-Planes zu schaffen.

Auf welche Paragraphen sie sich dabei berufen, ob auf den Ausnahmezustand oder auf das „übliche Recht", ist völlig nebensächlich.

Steckbrief gegen den Genossen Thälmann

(Eig. Drahtber.) Hamburg, 27. Oktober.

Der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht Hamburg veröffentlicht einen Steckbrief gegen den Genossen Ernst Thälmann. Gegen den Genossen Thälmann ist die Untersuchungshaft wegen Hochverrats verhängt.

Kommunisten aus der Gemeindevertretung herausgeworfen

(Eig. Drahtm.) Kreseld, 25. Oktober.

Im Gemeinderat von Hermeden hatten die Kommunisten sich als Funktionäre der Kommunistischen Internationale bezeichnet. Deswegen hat sie Herr Sozialdemokrat Severing, Minister gegen das Innere, ausgeschlossen.

Gegen den Polizeiterror und die Zuchthausjustiz

(Eig. Drathm.) Dortmund, 25. Oktober.

In der Generalversammlung des Zentralverbands der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung der Dortmunder Gasthausangestellten protestiert gegen die brutalen Maßnahmen der Reichsregierung, die versucht, alle kommunistischen Abgeordneten hinter Zuchthausmauern zu bringen. Mit diesem Vorgehen sollen die Vorkämpfer der Arbeiterklasse im Wahlkampf ausgeschaltet werden zugunsten des Schwerkapitals, dem an der Durchführung der Sachverständigenpläne liegt. Die Versammelten sind sich darüber klar, daß nur der einige und geschlossene Kampf der gesamten Arbeiterklasse in der Lage ist, diese Anschläge zunichte zu machen. In diesem Sinne wird an das Gesamtproletariat appelliert.

Der Dawes-Wiederaufbau

(Eig. Drahtm.) Gelsenkirchen, 25. Oktober.

Am Donnerstag mußte die Mittagschicht der Zechen Hannibal sowie Königsgrube in Röttinghausen feiern, angeblich wegen Mangels an Absatz und Waggonmangel, Königsgrube feiert in dieser Woche schon zum zweitenmal.

(Eig. Drahtm.) Karnapp, 25. Oktober.

Auf den Zechen Stinnes 1 und 2 und 3 und 4 wurden gestern Feierschichten eingelegt.

(Eig. Drahtm.) Höchst a. M., 25. Oktober.

Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, die bisher schon ungefähr 300 Arbeiter entlassen hat, nimmt jetzt weitere Betriebsstillegungen vor. Mit dem heutigen Tage werden 800 Arbeiter mit verkürzter Sperrfrist entlassen. Die Direktion gibt an, daß die Werke unrentabel seien und hat die Absicht, sie nach Bitterfeld zu verlegen, weil dort die Möglichkeit gegeben sei, billiger zu produzieren. Durch die Stillegung sinkt die Belegschaft der Griesheim-Elektron-Werke auf unter 50 Prozent der Vorkriegsziff.

Diese Entlassungen stehen jedoch nicht allein da. Auch die Chemische Fabrik Casteller hat in der letzten Zeit über 1200 Arbeiter entlassen.

Lohnabbau von 3,5 Prozent in der letzten Woche!

(rrp.) Köln, 25. Oktober.

Der städtische Index weist eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von 3,47 Prozent in der Woche vom 15. bis 22. Oktober auf. Da die amtlichen Zahlen im Interesse der Ausbeuter die Preissteigerungen in den Kommunen genau so vertuschen, wie der Reichsindex, geben sie natürlich kein Bild von dem Rückgang der schon vorher unhaltbaren Löhne. Uebertragen auf die Reichsmethode gibt der Kölner Index gegenüber 1913/14 eine Meßziffer von 1,26.

Immer neue Schandsprüche

(rrp.) Dortmund, 25. Oktober.

Gegen die Angestellten in der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine zehnprozentige „Erhöhung" der Gehälter vorsieht.

(rrp.) Köln, 25. Oktober.

Die Löhne der gelernten Arbeiter wurden um 4 Pfennig pro Stunde auf insgesamt 55 Pfennig „erhöht". Sie erreichen damit die Hälfte des Notwendigen.

Die Löhne der Arbeiterinnen wurden um 3 Pfennig auf ganze 36 Pfennig pro Stunde „erhöht".

Für die Gothaer Forderungen

Eine Gewerkschaftsversammlung in Torgau stellte sich nach ausgiebiger Diskussion hinter die Gothaer Beschlüsse und nahm folgende Resolution an:

Die am 25. Oktober in Torgau stattgefundene öffentliche Gewerkschaftsversammlung begrüßt die zehn Forderungen der Gothaer Betriebsräte und macht sie zu den ihrigen.

Diese Mindestforderungen müssen unter allen Umständen durchgeführt werden. Die Versammlung erblickt in diesen Forderungen ein geeignetes Kampfprogramm und fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, an deren Verwirklichung mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Des weiteren verpflichtet sich die Versammlung, zur Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen alles zu tun, was notwendig ist, um diese Opfer der bürgerlichen Justiz zu entreißen.

Lohnkürzungen bei steigenden Preisen!

Fünf Wochen Streik in den Nolleschen Werken in Weißenfels

Aus Weißenfels wird uns geschrieben:

Seit fünf Wochen wird in den Nolleschen Werken gestreikt, es ist zwar nur ein Teilstreik der Maschinensteller in der Nagelfabrik, aber derselbe wird mit einer Geschlossenheit geführt, der seinesgleichen sucht. Anfang September ließ die Direktion dem Arbeiterrat der Nagelfabrik zu sich kommen und erklärte ihm, daß die 3 Pfennige Schmierzulage, welche die Maschinensteller pro Stunde erhalten, nicht mehr gezahlt werden könnten; diese Zulage müsse abgezogen werden. Der Arbeiterrat hat selbstverständlich versucht, dieses Diktat der Direktion rückgängig zu machen. Es wurde auf die immer höher steigenden Lebensmittelpreise hingewiesen und daß eine Lohnkürzung ganz ungerechfertigt sei; die Maschinensteller erwarten bestimmt eher eine Lohnerhöhung. Es hat dies aber alles nichts genützt. Einige Tage später ließ die Direktion durch ihren Betriebsleiter dem Arbeiterrat erklären, daß die Direktion die 3 Pfennige Schmierzulage endgültig gestrichen habe; dieselbe komme ab nächster Lohnzahlung nicht mehr zur Auszahlung. Durch diese Erklärung entstand natürlich unter der Belegschaft große Empörung. Es wurde mit der Direktion nochmals verhandelt, aber ohne Erfolg. Nunmehr wollten die Maschinensteller bis 19. September, vormittags 10 Uhr, genauen Bescheid wissen, ob die Direktion die 3 Pfennige weiter zahlt oder nicht. Der Arbeiterrat kam wieder mit ablehnendem Bescheid zurück. Auf Grund dieser Ablehnung verlangten die Maschinensteller noch eine Versammlung, um zu dieser Lage Stellung zu nehmen. Aber die Direktion erklärte dem Arbeiterrat: „Auf dem Fabrikgrundstück ist jede Versammlung untersagt!" Darauf verließen die Maschinensteller am 19. September vormittags geschlossen den Betrieb.

Nun urteile ein Mensch, der fünf gesunde Sinne hat, ob wir recht gehandelt haben. Jetzt stellt sich die Direktion Nolle hin, als ob sie ein Unschuldslämmlein wäre. Sie schmiert sich im „Weißenfelser Tageblatt" breit, daß die Maschinensteller die Schuldigen seien. Sie sagt: „die Maschinensteller haben nicht den vorschriftsmäßigen Weg eingehalten. Sie haben den Verband und Schlichtungsausschuß übergangen, und wer bis Dienstag die Arbeit nicht aufgenommen hat, kann sich als entlassen betrachten. Die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind am Fabriktor angeschlagen."

Die Direktion Nolle hat nicht das Recht, über undisziplinierten Verhalten der Maschinensteller zu klagen, denn sie hat sich selbst über alle Instanzen hinweggesetzt ein einfach diktiert: Die Schmierzulage von 3 Pfennig kommt in Wegfall auf jeden Fall!

Die am Freitag herausgegebenen Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind nur eine Verhöhnung der Maschinensteller. Die Direktion mag sich gesagt sein lassen, durch die gestellten Bedingungen hat sich der Kampf noch verschärft.

Mit kurzen Worten des Dankes möchten wir noch der Internationalen Arbeiterhilfe gedenken für die erstmalige Lebensmittelspende für die Streikenden. Die Direktion Nolle hätte nur die freudigen Gesichter der Kämpfenden sehen sollen, als diese mit Rucksäcken voll Lebensmittel ihrem Heim zuströmten. Da die Maschinensteller nun schon fünf Wochen streiken, werden sie auch weiter kämpfen bis zum Siege! Nunerst recht!

Wenn die Deutschnationalen in die Regierung kommen

Die deutsche Bourgeoisie führt den Dawes-Plan natürlich in einseitigster Weise durch. Die Beschneidung der Profite, die durch den Dawes-Plan bedingt sind, wird durch neue raffinierte Ausbeutungsmethoden wieder ausgeglichen. So schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" in einem Artikel: „Menschenwirtschaft":

„Aber auch der erwachsene Arbeiter braucht auf die Segnungen dieser Erziehung nicht zu verzichten. Auch für ihn gilt es, Auslese zu halten und den richtigen Mann an den richtigen Platz zu stellen, seine Veranlagung zu erforschen und ihn zur Höchstleistung zu befähigen, die ihm nicht nur inneren Gewinn, Befriedigung im Berufe, sondern auch materielle Vorteile in Gestalt höheren Lohnes einbringen. Gerade die Ausbildung von Spezialarbeitern im systematischen Anlernverfahren ist es, die weitestgehend eingeführt werden muß, wozu die Hilfe der Psychotechnik eine wichtige Handhabung bietet. Wie kann man beispielsweise jemanden auf einen elektrischen Kran stellen, der schwere Stücke in Eisenbahnwagen verladen soll, wenn ihm das richtige Augenmaß für seine Arbeit fehlt? Er wird entweder seine Last zu hoch heben und damit zu viel Strom vertun oder zu tief senken und den Wagen beschädigen. Der Mann muß fort von seinem Platz; denn er schadet sich und den Betrieb."

Also nur die ausgeglichensten und am besten eingearbeiteten Arbeiter sollen noch beschäftigt werden, die anderen werden dem wahrsten Hungertode, wie wir noch weiter unten zeigen werden, preisgegeben. Die Arbeitenden sollen noch mehr wie bisher geteilt werden, eine kleine Schicht, die an wichtigste Posten gestellt werden, sollen durch höhere Löhne gekauft und somit von den übrigen Arbeitern künstlich getrennt werden. Ausbeutung also bis aufs Aeußerste.

Das ist die eine Methode der gesteigerten Ausbeutung. Was wird nun aus den „überflüssigen" Arbeitskräften? Darauf gibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" ebenfalls die Antwort. Sie spricht sich klar und deutlich gegen die Erwerbslosenversicherung aus, weil bei der Erwerbslosenversicherung jeder Erwerbslose Unterstützung erhält, während bei dem jetzigen Zustande nur die Bedürftigen Erwerbslosenunterstützung erhalten. Wörtlich schreibt die „D. B.-Z.":

„Nach ziemlich zuverlässigen Feststellungen kann man annehmen, daß die Zahl der Erwerbslosen, die keine Unterstützung erhalten, beinahe ebenso groß ist, wie die Zahl der Unterstützungsempfänger. Daraus folgt, daß im Falle der Einführung der Erwerbslosenversicherung die Unkosten für die Erwerbslosenfürsorge sich verdoppeln würden, d. h., daß in Zukunft ein Betrag von 550 bis 600 Millionen jährlich erforderlich wäre, während man jetzt mit 270 bis 300 Millionen Mark auskommt. Dabei ist nicht zu übersehen, daß nach amtlichen Feststellungen des Reichsarbeitsministeriums bereits jetzt die Kosten für die deutsche Sozialversicherung, ausschließlich Erwerbslosenfürsorge, rund 1,35 Goldmilliarden jährlich betragen. Zu diesem Betrage kommen noch die Kosten für die Knappschaft mit ungefähr 220 Goldmillionen und die Kosten für Krankenfürsorge der Seeleute auf Fahrt."

Nachdem die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" dann ausgerechnet hat, daß die Ausgaben für soziale Versicherung nach ihrer Ansicht ungefähr drei- bis viermal größer als vor dem Kriege sind, schreibt sie dann weiter:

„Eine Erhöhung der jetzt schon vorhandenen Lasten muß deshalb den stärksten Bedenken begegnen, zumal auch noch Pläne bestehen, die Unfallversicherung so umzugestalten, daß gegenüber den heutigen Renten eine Mehrbelastung von rund 40 Prozent sich ergibt; ferner würden durch Erweiterung des Kreises der Krankenversicherungspflichtigen weitere Ausgaben von zirka 30 Goldmillionen sich ergeben."

Die deutschnationalen Schwerindustriellen erklären also in ihrer Zeitung ganz offen, daß die Ausgaben für Krankenversicherung, Unfallversicherung und Erwerbslosenfürsorge zu hoch sind. Bei einer Regierung, in der die Deutschnationalen sitzen, wird ohne Zweifel die Krankenversicherung, die Unfallversicherung abgebaut, und die Erwerbslosenfürsorge noch mehr eingeschränkt werden, d. h., die nicht mehr voll Arbeitsfähigen, die Arbeitslosen, können verrecken. Das schreiben die Deutschnationalen heute in ihren eigenen Zeitungen. Unsere Genossen werden diese Tatsachen den deutschnationalen Agitatoren, die sich der Arbeiterschaft vor der Wahl in der Maske der Arbeiterfreunde nähern, um die Ohren schlagen.

Reichsbannerpleite

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 27. Oktober.

Gestern veranstalteten die Schwarzrotgelben eine Bannerweihe. Trotzdem die ganze westliche SPD.-Presse zum Massenbesuch aus dem ganzen Bezirk aufgefordert hatte, entsprach der schwache Aufmarsch keineswegs ihren Erwartungen. Beim Anmarsch der einzelnen Gruppen wurden sie von den empörten Düsseldorfer Arbeitern mit heftigen Entrüstungsrufen empfangen. Das reizte die Schwarzrotgelben in Gemeinschaft mit der Schupo zu Angriffen mit Gummiknüppeln auf die wehrlosen Arbeiter. Es kam zu mehreren Zusammenstößen und gab Verwundete auf beiden Seiten.

Immer neue Schandjustiz

(Eig. Drahtm.) Mülheim (Ruhr), 25. Oktober.

Vor dem Schöffengericht wurde der Bergmann Bernhard Haider aus Essen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er die Abwehr des Streikbruchs und der Betrügereien der Ausbeuter organisiert hat. Haider hat bereits die Ehre gehabt, von dem Münchener Standgericht zu zwei Jahren Festung verurteilt zu werden. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus beantragt, weil er es für erforderlich hält, die Autorität des Ausbeuterstaates mit den Mitteln des Justizterrors zu festigen, damit die Proleten widerstandslos ausgeplündert werden können im Interesse einer wohlgeordneten Profitrate.

Streik in Bochum

Bochum, 25. Oktober.

Die Belegschaft der Firma Balke trat heute mittag in den Streik, nachdem die Verwaltung in den letzten Wochen wiederholt versucht hatte, den Arbeitern den verdienten Lohn vorzuenthalten. Die Belegschaft zählt 400—500 Mann.

Kein Unterschied zwischen Franzosen und Deutsche

(Eig. Drahtm.) Hoerde, 25. Oktober.

Heute sollte in dem soeben „befreiten" Hoerde eine Versammlung des „Roten Frontkämpfer-Bundes" stattfinden. Die städtischen Behörden haben die Kundgebung verboten.

Neue internationale Vereinigung der Stahlindustriellen

Köln, 25. Oktober.

Nach der „Kölnischen Volkszeitung" sind am 23. Oktober in Köln zwanglose Unterhaltungen zwischen den führenden Persönlichkeiten der deutschen und englischen Eisenindustrie über die Bildung eines europäischen Stahlwerkverbandes gepflogen worden. Dabei ergab sich grundsätzliches Einverständnis darüber, daß ein solcher Verband nützlich und möglich sei.

Der Zentrumsparteitag eröffnet. Der diesjährige Zentrumsparteitag wurde gestern mit Sitzungen des Reichsparteivorstandes eröffnet.

Prügeleien zwischen Stahlhelmern und Reichsbannerleuten. Nach einer Meldung des „Montag" aus Breslau, kam es gestern in Striegau zwischen Stahlhelmern und Reichsbannerleuten zu ernsten Zusammenstößen. Auf beiden Seiten gab es Schwerverletzte. Der Polizei gelang es erst nach Einsatz stärkerer Kräfte, die aus Schaulen herbeigeholt waren, die Ruhe wiederherzustellen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241027-16/fragment/page=0002

„Linke" Pleite auf dem sächsischen SPD.-Parteitag

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 27. Oktober.

Der Sächsische Landesparteitag der SPD. verlief ruhig und ohne jeden Zwischenfall. Die Linke kippte glänzend um. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Der Landesparteitag entscheidet sich für die Auflösung des Sächsischen Landtages. Neuwahlen sollen zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember stattfinden. Es wird empfohlen, Kandidatenlisten für die Reichstagswahl möglichst unverändert zu lassen und bei der Kandidatenaufstellung die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht zu werten." Ministerpräsident Held erklärte unter dem Widerspruch der linken Delegierten, daß die sächsische Koalition von den Besten der Arbeiterschaft geschaffen worden sei. Auf der anderen Seite erklärte Fleißner, bei den letzten Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei hätte es sich durchaus nicht um eine grundsätzliche Stellung der SPD. zur Koalition gehandelt (!). Aber die Parteiverbindungen, die das Kabinett Held verkörpert, seien für die Mehrheit der sächsischen Sozialdemokratie bekämpfenswert, weil der Wille zum Kampf für die Sozialdemokratie fehle.

Linke und rechte SPD. spielen mit verteilten Rollen. In Zeiten der Unzufriedenheit der Massen mit ihrer Politik schiebt die SPD. ihren linken Flügel vor, um den Massen Sand in die Augen zu streuen.

Warum dieser neue Oppositionsrummel? Die Koalition der Heldt-Leute mit der Volkspartei, die skandalöse arbeiterfeindliche Politik dieser Regierung, riefen in den Reihen der sächsischen Arbeiter helle Empörung hervor. Um diese Empörung abzulenken, mimte der „linke" Flügel der sächsischen SPD., die Freund, Arzt und Konsorten, die sich um ihre Futtertrippen gebracht sahen, gewaltige Opposition. Die kommunistische Presse hatte die sächsische Arbeiterschaft nach den bitteren Erfahrungen des vorigen Oktobers gewarnt, noch einmal Hofnungen auf diese „Opposition" zu setzen. Wie recht sie hatte, beweist obige Meldung. Die Linke ist glatt kapituliert. Es triumphiert die Heldsche Koalitionspolitik mit der Stinnes-Partei. Bei der Neuaufstellung der Kandidatenlisten werden natürlich wieder die koalitionsfreudigen Sozialdemokraten auf den Listen vorherrschen. Und selbst wenn es anders wäre, wenn die „linken" Sozialdemokraten die Mehrheit in der sächsischen Fraktion bekommen würden, selbst dann würden sie genau dieselbe, vielleicht etwas geschickere Verräterpolitik treiben, wie ihre „rechten" Genossen.

Es bleibt dabei: die Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Partei, ganz gleich, ob mit „linker" oder „rechter" Drapierung.

Das Urteil im O.-C.-Prozeß

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 25. Oktober.

Heute nachmittag wurde das Urteil im O. C.-Prozeß verkündet. Es erhielten: Hoffmann, von Killinger, Kautter und Müller je acht Monate Gefängnis, Henkel und Krebs je sechs Monate, Abendroth, Ehrentraut und Viebig je fünf Monate, Hennreich, Schlüter, Siebel, Wehrmann und Mahn je vier Monate, Zedlitz und Koppe je drei Monate, Wegelin wegen Geheimbündelei und unerlaubten Waffenbesitzes fünf Monate, ein Teil der Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

*

Somit ist die Organisation C. von jedem Verdacht des Mordes an Erzberger und Rathenau gereinigt. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat also festgestellt, daß die O. C. keine Mörderorganisation ist, obgleich die Erzberger- und Rathenau-Mörder der O. C. angehörten, bei der Flucht sogar von den jetzt Angeklagten verborgen gehalten wurden, obgleich im Rathenau-Prozeß festgestellt worden ist, daß die zum Mord an Rathenau benutzte Maschinenpistole durch die Vermittlung der O. C. beschafft worden ist. Aber das alles weiß der Staatsgerichtshof nicht. Wenn Arbeiter aber Hundertschaften bilden zur Abwehr des reaktionären Putsches, dann erhebt der Oberreichsanwalt keine Anklage wegen Geheimbündelei, wie bei der Organisation Consul, sondern er erhebt eine Anklage wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz.

Die Komödie ist zu Ende, lächerlich geringe Strafen sind verhängt worden. Der Staatsgerichtshof hat sie nur schweren Herzens verhängt. Die Parteien haben Wahlmaterial. Die Deutschnationalen schreien von der Verfolgung der Völkischen, die „Hallesche Zeitung" schreit von einem harten Urteil, die Mittelparteien gehen damit treßen, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik auch Deutschvölkische verurteilt, also vollkommen objektiv sei. So ist durch dieses Urteil allen Genüge getan, den Deutschnationalen wie den Sozialdemokraten.

Der Maler, der die deutsche Justiz als Hure der besitzenden Klasse gezeichnet hat, hat wirklich Recht. Arbeiter fliegen wegen dergleichen Vergehen ins Zuchthaus, die feudalen Offiziere bekommen eine lächerlich geringe Gefängnisstrafe, die sie niemals absitzen werden. Ihr Herr und Meister, der Banditenführer Ehrhardt, ist ja auch nicht zu finden, und so werden diese Galgenvögel, die der Staatsgerichtshof mit ein paar Monaten Gefängnis bedacht hat, auch nicht zu finden sein, wenn sie die paar Monate Strafe antreten sollen. Der jetzige Wahlkampf gibt der Arbeiterschaft die beste Gelegenheit, dieses Klassenurteil mit dem kommunistischen Stimmzettel zu beantworten.

Ungarn schützt den Erzberger-Mörder

(Eig. Drahtm.) Budapest, 25. Oktober.

Der Erzberger-Mörder Heinrich Schulz wird nicht aus Ungarn ausgewiesen werden, sondern in der Villa des Ehrhardt-Freundes Gänlis, bei dem er schon von seiner Verhaftung wohnte, „häuslich interniert". Er kann sich also vollkommen frei bewegen, braucht sich nur bei der Polizei zu melden.

*

Wie der Prozeß gegen die OC. eine Komödie war, so ist das ganze Auslieferungsverfahren ebenfalls eine Komödie. Heinrich Schulz durfte nicht nach Deutschland ausgeliefert werden, sonst wären vielleicht die Zusammenhänge zwischen der OC. und noch anderen Personen und den Mördern bekanntgeworden. Bei der bekannten „Objektivität" der deutschen Gerichte ist es nicht verwunderlich, daß das Auslieferungsverfahren einen solchen komödienhaften Ausgang nahm. In Deutschland triumphiert die OC., in Ungarn das Mitglied der OC., der Erzberger-Mörder Schulz.

Wahlmanöver der Labour Party

(Eig. Drahtm.) London, 25. Oktober.

Die englische Labour Party veröffentlichte vor einigen Tagen einen Brief, den der Genosse Sinowjew an die Kommunistische Partei Englands geschrieben haben und in dem Sinowjew die englische Kommunistische Partei zum Sturz der bürgerlichen Regierung aufgefordert haben soll. Jetzt erklärt der Genosse Sinowjew in einem Schreiben an den Generalrat der britischen Gewerkschaften, daß der ihm zugeschriebene Brief eine große Fälschung und augenscheinlich ein Wahlmanöver der Labour Party darstelle. Er fordert den Generalrat der britischen Gewerkschaften auf, durch eine besondere Kommission sofort in Rußland Nachforschungen über die Autentizität anstellen zu lassen.

*

Dieses Wahlmanöver der Labour-Party zeigt klar und deutlich, daß der Einfluß der Kommunisten unter der englischen Arbeiterschaft im Wachsen begriffen ist. Es muß schlecht um die Labour Party, um die Ministerherrlichkeit Macdonalds gestellt sein, wenn sie schon zu solchen Fälschermethoden greifen muß. Alle Lügen, alle Fälschungen Macdonalds werden die englische Arbeiterpartei nicht abhalten, in steigendem Maße das Vertrauen zur KPE. zu gewinnen.

Die Wiederaufbaukonjunktur in Frankreich

-rrp- In den während des Krieges zerstörten Gebieten Nordfrankreichs wurde besonders seit Ende des Jahres 1920 eine rege Wiederaufbauarbeit in Angriff genommen, die für die französische Industrie eine Ausnahmekonjunktur herbeiführte, die imstande war, die innerwirtschaftliche Krise zu verschleiern

Einige statistische Daten des „L'Exportateure francais", einer der wichtigsten Zeitschriften für den Außenhandel, können dazu dienen, den Umfang der Arbeiten zu überblicken.

In diesem Schreiben waren im Jahre 1914 22 900 Fabriken und Werkstätten in Betrieb, bis zum Januar 1921 waren die durch die Kriegsschäden verursachten Lücken soweit ausgefüllt, daß im Jahre 1921 18 091 Betriebe wieder in Funktion treten konnten, im Jahre 1922 19 442, im Jahre 1923 20 150 und am 1. Januar 1924 20 782.

Vor dem Kriege belief sich die Bevölkerungszifferr auf

	4 690 183
beim Waffenstillstand	2 075 067
am 1. Januar 1921	3 288 152
1922	3 985 913
1923	4 074 970
und am 1. Januar 1924	4 253 677

Am 1. Januar 1922 waren noch 200 zerstörte Schächte zu verzeichnen, im Laufe des Jahres 1922 wurden 106 wieder in Betrieb genommen, im Jahre 1923 stieg die Zahl auf 123 und am 1. Januar 1924 bis auf 145.

In gleicher Weise wurden die Straßen erneuert und die Denkmäler weiter aufgerichtet. Im ganzen waren 743 933 Häuser zerstört worden.

Davon waren wieder neuaufgebaut am

1. Januar 1921	278 834
1. Januar 1922	355 479
1. Januar 1923	575 533
1. Januar 1924	605 989

Von 1 923 479 Hektar zerstörten Bodens waren am 1. Januar 1924 1 788 755 Hektar kultivierbar gemacht.

Die Auffüllung der Gräben, die Beseitigung der Stacheldrähte und der übrigen Reste von Kriegsmaterial ist fast abgeschlossen. Die Gesamtsumme der durch den Krieg verursachten Schäden an Privateigentum beläuft sich auf 82 Milliarden Franks.

Für die Behebung dieser Schäden hat die französische Regierung natürlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung 54 Milliarden ausgegeben, dazu kommen noch mehr als 20 Milliarden, die für die Wiedergutmachung der Schäden an Staatseigentum (Straßen, Eisenbahnen, Kanäle usw.) verwandt wurden.

*

Durch eine schamlose Ausräuberung des Proletariats, die erst allmählich sich auszuwirken beginnt, hat die französische Regierung es fertiggebracht, den „armen" französischen Ausbeutern mit 74 Milliarden Franken unter die Arme zu greifen.

Auf dem Wege über die Inflation würde diese ungeheure Summe zusammengescharrt und den Ausbeutern in den Rachen geworfen, die nur soweit es mit ihren Belangen in Einklang zu bringen war, die ihnen zur Verfügung gestellten Gelder für den vorgesehenen Zweck verwandt haben. Sie stürzten sich vielmehr, wie verschiedene sogenannte Wiederaufbauskandale einwandfrei nachgewiesen haben, auf eine wüste Valutaspekulation, die ihrerseits wieder zwangsläufig die Inflation verstärken mußte.

Die offiziellen französischen Ausbeuterorgane ziehen aus ihren Statistiken über den Fortschritt der Wiederaufbauarbeit in Nordfrankreich die für die öffentliche Meinung bestimmte Schlußfolgerung, daß die Lebensfähigkeit der französischen Wirtschaft unerschüttert sei.

Die unaufhaltsame rapide Steigerung der Preise, die bewußt mit allen Mitteln vorwärts getriebene Senkung der Löhne und Gehälter, die wachsende Ueberschwemmung mit ausländischem Kapital auf der einen Seite und die wachsende Unzufriedenheit der breitesten Schichten der Bevölkerung reden eine zu deutliche Sprache, als das Ausbeuterstatistiken und Fortschrittsillusionen über den drohenden Zusammenbruch nicht nur der Wirtschaft, sondern des ganzen gesellschaftlichen Gefüges hinwegtäuschen könnten.

Arbeiterkämpfe in Frankreich

Paris, 26. Oktober.

Die Schneidereiarbeiter in Montpellier sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Paris, 26. Oktober.

Die Textilarbeiter in Beauvois-Fontaine haben ultimativ Achtstundentag und 25 Prozent Lohnerhöhung gefordert. Falls die Ausbeuter binnen 24 Stunden nicht bewilligt haben, wird sofort die Arbeit niedergelegt.

Paris, 26. Oktober.

Die Steinhauer in Vannes sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Ueberfall polnischer Banden auf russisches Gebiet

(Eig. Drahtm.) Moskau, 27. Oktober.

In einer Note an die polnische Regierung teilt das Volkskommissariat des Aeußeren mit, daß in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober Banden, zu deren Organisation und Führung Mitarbeiter der polnischen politischen Polizei gehören, die Grenze der Sowjetunion überschritten haben. Die Aussagen der festgenommenen Bandenteilnehmer ergaben, daß der Bandenüberfall auf das Territorium der Sowjetunion ein Teil eines allgemein angelegten Planes der polnischen Behörden bildet, welcher auf die Gefährdung des Grenzfriedens gerichtet ist. Dieser Ueberfall bestätigt die in der Note der Sowjetregierung vom 5. September ausgesprochenen Behauptungen über systematische Grenzüberschreitungen seitens Polens auf das Territorium der Sowjetunion. Die Sowjetregierung erwartet eine zusagende Untersuchung und die Benachrichtigung über die Bestrafung der Anstifter des Ueberfalles.

Polnische Kriegsrüstungen

Paris, 27. Oktober.

Wie der „Liberté" aus Cherbourg gemeldet wird, hat der polnische Kriegsminister Sikorski in dem Arsenal von Cherbourg eine Serie von Unterseebooten nach einem von ihm vorgeführten Typ bestellt.

*

Die Seerüstungen Polens richten sich nur gegen Rußland. Zweifelsohne werden diese U-Boote von Frankreich kreditiert. Nachdem nun Deutschland noch in den Völkerbund eingetreten ist, haben die Räuber der Ententestaaten vollkommen freies Aufmarschgelände gegen Sowjet-Rußland. Die Ententestaaten haben sich Deutschland zur Kolonie gemacht, sie arbeiten mit allen Mitteln daran, den Arbeiter- und Bauernstaat Rußland zu vernichten.

Rußlands wirtschaftlicher Aufstieg

Was ein bürgerliches Blatt berichtet

Den „Berliner Börsen-Courier" wird niemand des Kommunismus beschuldigen können. Es ist daher interessant, was dieses Blatt unter dem Druck der Tatsachen über die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaues der Sowjet-Union berichtet muß. In seiner Nummer vom 22. Oktober schreibt das Börsenblatt: „Dem gesamten Wirtschaftsleben Sowjet-Rußlands liegt das Problem zugrunde, ein normales Verhältnis zwischen der Industrie und der Landwirtschaft herbeizuführen, die einzelnen bäuerlichen Wirtschaften in den Kreis des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen und sie den Interessen des Sowjetsystems unterzuordnen. — Statt einer Krisis des Absatzes in der Industrie macht sich vielmehr ein Warenhunger für Industrieprodukte bemerkbar. Im allgemeinen weisen trotz der Mißernte alle Wirtschaftszweige während des verflossenen Jahres einen Fortschritt auf, insbesondere hat die staatliche Industrie eine Zunahme um 30 Prozent erfahren. Das vergangene Wirtschaftsjahr hat dem beginnenden neuen Jahr eine gesicherte materielle Grundlage und eine bessere Organisation geschaffen, es hat ferner ungemein viel Erfahrungen gesammelt auf dem Gebiete der Planierung, der Regelung der Verwaltung.

Die Produktion der Industrie beträgt in diesem Jahre 1484 Millionen Rubel und übertrifft um 30 Prozent die Produktion im vorhergehenden Jahre. Es ist eine planmäßige Zunahme in allen hauptsächlichen Zweigen der Industrie, vor allem aber in der Schwer- und Montanindustrie zu verzeichnen, die später als die anderen Industriezweige in das Stadium des Aufbaus eingetreten und hinter dem Friedensstande in weit höherem Maße zurückgeblieben waren, als die verschiedenen Zweige der Leichtindustrie. Ein sehr wichtiges Moment bildete im verflossenen Jahre die völlige Ueberwindung der mit dem Mangel an Brennstoff verbundenen Schwierigkeiten. Dieser Mangel war durch eine unzureichende Gewinnung von Brennstoff verursacht. Die Preise für die Industrieprodukte waren während dieses Jahres durchschnittlich um 21,5 Prozent, die Textilpreise sogar um 33 Prozent gesunken. Der Preisrückgang fand zum Teil auf Kosten einer geringeren Kapitalserhöhung in der Industrie und dank der Festsetzung von äußerst geringen Industriegewinnen statt. Die niedrigeren Preise für Rohstoffe und Brennmaterial, eine größere Sparsamkeit in ihrem Verbrauch, ferner die Verringerung der Unkosten machten die Herabsetzung der Preise möglich. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitslöhne aber bildete einen Faktor, der eine weitere Preisherabsetzung sehr erschwerte. Deshalb beschäftigte man sich im zweiten Halbjahr viel mit der Frage, wie die Produktivität der Arbeit zu heben sei. Zu dem Werke der Rationalisierung der Industrie wurden die Arbeitermassen herangezogen, es wurden besondere Betriebsversammlungen und Betriebskommissionen gebildet, von denen über alle Mängel in dem betreffenden Betriebe und über die zu ihrer Behilfe erforderlichen Maßnahmen beraten wird."

Und nun die Schlußfolgerung: „. . . . Das vergangene Jahr hat somit den Nachweis dafür erbracht, daß trotz der bedeutenden Geldschwierigkeiten, trotz der Mißernte, sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie der USSR. einen weiteren Erfolg in ihrer Entwicklung errungen haben."

Soweit der „Börsen-Courier". Wir können die Angaben des Blattes im allgemeinen bestätigen, wobei es selbstverständlich ist, daß es ihm nicht daran gelegen war, besonders hervorragende Erfolge der Sowjetwirtschaft hervorzuheben. Es ist sozusagen das Mindestmaß dessen, was anerkannt werden mußte unter der Voraussetzung, daß die Leser ein Recht haben, die wirkliche Lage Rußlands kennen zu lernen. Vergleicht man damit das Lügengeheul der sozialdemokratischen Presse über Hungersnot und Zerfall in Rußland, so kann jeder ohne weiteres sich ein Urteil darüber bilden, was diese ihren Lesern zumutet.

Die Lage in China

Eingreifen Japans

Tokio, 25. Oktober.

Die japanische Regierung hat beschlossen, zwei Torpedoboote nach China zu entsenden, eins nach Port Arthur, das andere nach Tschinwangtao. Sie wird ferner 200 Mann der Besatzung von Port Arthur nach Shanhaikwan senden. Die Absendung weiterer Streitkräfte gemäß den Bestimmungen des Boxerprotokolls hängt von der Wendung ab, die die Ereignisse in China nehmen.

Die amerikanischen Landarbeiter drängen auf Anschluß an die Rote Internationale

Der Kongreß der Landarbeiter der IWW. (Syndikalistische Organisation) in Amerika ist von größter Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung der Welt. Diese Landarbeiter, über zwei Millionen, waren bisher nicht in der Kommunistischen Partei Amerikas, die sich einfach „Arbeiterpartei" nennt, organisiert. Wie groß aber

er Ruck nach links

ist, den die amerikanische Arbeiterbewegung bei einer Abwanderung der Landarbeiter zur 3. Internationale erfährt, geht aus den folgenden Stellen des Aufrufes hervor, den das Rote Internationale Anschlußkomitee an den Kongreß richtete. Die wichtigsten Stellen daraus treffen vollständig zu auch für die deutschen Landarbeiter und Kleinbauern. Hier wie dort das gleiche Elend, die gleiche Not. Das Ziel ist das nämliche und der Weg zum Ziel, zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung des Landproletariats, wird hier wie dort durch den revolutionären Klassenkampf beschritten werden. Der Aufruf sagt u. a.:

„Arbeitsgenossen!

Mangels einer Organisation und infolgedessen äußerster Unterdrückung, uneingeschränkter Arbeitszeit, elenden ungerechten Löhnen und geistiger Verdummung stehen die zwei Millionen Landarbeiter der Vereinigten Staaten da als

der unglücklichste Teil des amerikanischen Proletariats

Die Spezialgruppe der Weizenerntearbeiter hat den Kampf aufgenommen, um das ganze Landproletariat zu organisieren mit Hilfe der Roten Internationale. Schon ist eine zentrale Organisation aufgebaut, die ihre Delegierten in die Distrikte herausschickt. Zwei Millionen Landarbeiter sind noch vollständig unorganisiert. Sie wurden von Gompers und Kompagnie bisher vollständig ignoriert."

Der Aufruf gibt sodann eine Darstellung der wirtschaftlichen Weltlage und zeigt, wie die Verelendung auch der amerikanischen Farmer und Landarbeiter eine Folge der kapitalistischen Wirtschaft ist.

„In Amerika nahm die Konzentration des landwirtschaftlichen Vermögens die Form von Kapitalskonzentrationen an.

Scheinbar blieben die Farmer Eigentümer,

in Wirklichkeit verarmten zwei Millionen Farmer vollständig und wurden in die Klasse der Lohnarbeiter herabgedrückt."

„Zwischen dem Proletariat und seiner Befreiung steht die gewaltige Macht des kapitalistischen Staates, der nicht nur über die Hände, sondern auch über die Hirne der Arbeiter seine Diktatur ausübt."

„Die Löhne und die Arbeitszeit der Weizenerntearbeiter müssen in Uebereinstimmung gebracht werden mit denen der Arbeiter in

Sowjet-Rußland, dem einzigen Land der Welt, wo auch in der Landwirtschaft der Achtstundentag eingehalten wird."

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an alle Landarbeiter, sich zu organisieren zur Abwehr der wütenden Verfolgung durch die Ausbeuter und der mörderischen, amerikanischen „Hakenkreuzler", des Ku-Klux-Klans.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241027-16/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Der „Bund der Kinderreichen“ Merseburg und Umgegend und seine Interessenvertretung

Ein Genosse schreibt uns:

Die Lektüre des Organes des obengenannten [illegible] Kinderreichen“, (verantwortlicher [illegible] Storost in Halle) bereitet mir im[illegible] „geistigen Hochgenuß“ und die Ueberzeugung, daß die [illegible]reichen Familien — faßt ausschließlich aus den Arbeiterkreisen — durch die genannte Frau in würdiger Weise vertreten werden. Die letzte Nummer dieser Zeitung war nun so gehaltvoll, daß ich meine Begeisterung nicht mehr meistern kann und der Oeffentlichkeit einige Kostproben dieses Verbandsorgans, das von den Mitgliedern unterhalten und in der „Halleschen Zeitung“ gedruckt wird, vorzulegen:

In dem ersten Artikel „Hausbesitzer und Kinderreiche“ wird erzählt, daß man versucht hätte, mit den Haus- und Grundbesitzern auf „gütlichem“ Wege zu verhandeln, daß aber am Verhandlungstage von diesen Herrschaften, trotz Vorsprechung, keiner erschienen war. Darüber wundert man sich nun ganz schrecklich, spielt den Entrüsteten über eine so glatte Absage und zieht nun über diese Gesellschaft ganz gründlich her.

In einem darauffolgenden Aufsatz gibt nun ein Herr Heinrich Otten aus Köln das Rezept, wie der Wohnungsnot der Kinderreichen zu steuern ist und bricht gleichzeitig für die vorher; geschmähten Hausbesitzer in diesem Artikel **„Warum wünschen die Kinderreichen die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen?“** eine Lanze.

Also die Kinderreichen wünschen die Aufhebung der Zwangswirtschaft! Ist das nicht wundervoll! Ja, das ist ja ein geistreicher Gedanke! Herrlich wird das. Meiner Frau und mir liefen Tränen der Rührung von den Backen. Welche Perspektiven eröffnen sich da kinderreichen Familien! Stellen wir uns mal vor: Kommende Umzüge gleichen einem Triumphzuge. Der Herr Hausbesitzer empfängt seinen neuen Mieter mit einem tiefen Bückling unter einer Ehrenpforte. Hudeleien wegen Mietszahlung hat er nicht mehr zu fürchten, weil der Staat dafür gewissermaßen aufkommt. Die Mieten werden nicht nur Friedenshöhe erreichen, sondern weit darüber hinaus. Aber was schadets: **„Man gebe die Zwangswirtschaft frei und ermögliche den kinderreichen Familien durch Mietszuschüsse oder Schaffung einer Elternschaftsversicherung** (das ist ein prächtiges Wort!) **die höheren Mieten** (für die armen Hausagrarier à la Otten!) **zu zahlen.“**

Das ist doch wunderbar gesagt vom „Bundesbruder“ Otten. „Liebe Brüder und Schwestern!“ Also Ihr wünscht Beseitigung der Zwangswirtschaft — und Frau Martha Storost als Bundesvorsitzende ist damit einverstanden. Na, das ist recht, das ist Christenpflicht, mit den armen Hausagrariern Mitleid zu haben. Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß! Das zeigte sich auch in der Landtagssitzung vom 20. Oktober in Berlin, wo über Aufhebung dieser Zwangswirtschaft verhandelt wurde und sämtliche bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. dafür waren. Natürlich war wieder so ein räudiges Schaf, Kilian von der KPD., da, welcher dagegen war und „Stunk“ machte. Er verlangte, daß die herrschaftlichen Villen und Schlösser, die oft nur von einigen wenigen Personen bewohnt wären oder auch oft leer stehen, zwangsweise mit Mietern belegt werden müßten. Das ist denn doch ein unerhörtes Verlangen! — Na, dem ist nicht zu helfen! Der hat immer so ein großes Maul!

Ein weiteres Kapitel handelt von der **„Beschränkung der Nachkommenschaft“.** In einem gelehrten Aufsatze mit bandwurmlangen Fortsetzungen: „Wann ist die Beschränkung der Nachkommenschaft gerechtfertigt?“, von Dr. med. Kober, führt nun Herr Dr. Kober alle Fälle an, die aus gesundheitlichen Gründen diese Maßnahmen als gerechtfertigt erscheinen lassen. Das soziale Elend, die furchtbare wirtschaftliche Lage des Proletariats, auf dessen Rechnung 99 Prozent aller Krankheiten kommen, spielt für den Herrn Doktor gar keine oder eine nur nebensächliche Rolle. Denn von gesunden Menschen haben die Ärzte doch nichts. Die können blos von den Kranken leben. Daher sind die meisten Aerzte auch gegen Aufhebung der §§ 218 und 219. Die Verelendung der Massen ist die Hauptbasis vieler bürgerlicher Existenzen. Da nun der Kommunismus allen Menschen eine in jeder Beziehung menschenwürdige Existenz erkämpfen will, deshalb wird er gerade von den sogenannten „gebildeten“ Schichten so gehaßt und so erbittert bekämpft. Diese Schichten fürchten um ihre gesellschaftlichen [illegible].

[illegible] anderer Artikel handelt von **„Glücklich die Kinder der Kinderreichen.“**

Na, darüber zu reden, halte ich für überflüssig. Wahrscheinlich [illegible]fasserin, Frau Grete Spiegelberg, die Kinder [illegible] „oberen“ Gesellschaftsschichten. In die Kaninchen[illegible]e der Proleten, wo zwei und drei Personen in einem Bett schlafen müssen, wo Vater und Mutter den ganzen Tag auf Arbeit oder vielleicht gar arbeitslos sind, hat sie noch nicht hineingeblickt. Sie ist ein politischer Säugling oder Heuchler, wie die anderen Artikelschreiber auch.

Zum Schluß wird noch von einer Frau in Frankreich ein rührseliges Geschichtchen erzählt, die mit zwölf Kindern gesegnet wurde und dafür das „Kreuz der Ehrenlegion“ erhielt.

Also haltet Euch dazu, „liebe Brüder und Schwestern.“ Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß! **Vergeßt aber den 7. Dezember nicht, wo Ihr wieder an die Wahlurne treten werdet und Gelegenheit habt, alle die Fußtritte, die Euch und Euren unschuldigen Kindern von jenen demokratischen Herrschaften erteilt wurden, reichlich zurückzuerstatten, indem Ihr Eure Stimme der Kommunistischen Partei, die erwiesenermaßen — das zeigt unsere Klassenjustiz — am rücksichtslosesten Eure Interessen vertritt, gebt!**

Delitzsch

Dienstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr

außerordentliche Mitgliederversammlung

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht!

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Aufstellung der Stimmlisten (Wählerlisten) zur Reichs- und Landtagswahl. Der Magistrat macht bekannt: Das städtische Einwohnermeldeamt beginnt in den nächsten Tagen mit der Aufstellung der Stimmlisten (Wählerlisten) für die Reichs- und Landtagswahl. Alle hier neu zugezogenen Personen, die bis jetzt noch nicht angemeldet sein sollten, werden deshalb in ihrem eigenen Interesse zur sofortigen Anmeldung aufgefordert, damit ihre Aufnahme in die Bürgerlisten erfolgen kann. Die Aufnahme in die Stimmlisten kann nur den Personen gewährleistet werden, welche hier auch tatsächlich polizeilich gemeldet sind. Darum empfehlen wir allen übrigen Personen, die über ihre polizeiliche Anmeldung (bzw. Ummeldung) bei erfolgtem Umzug) nicht ganz sicher sind, sich durch Nachfrage im Einwohnermeldeamt von der tatsächlich erfolgten An- und bzw. Ummeldung sofort zu überzeugen.

Naumburg. An alle Konsumgenossenschafter! Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Volkshaus“ in Weißenfels die fällige Generalversammlung statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, daran teilzunehmen, zumal u. a. die Wahl dreier Aufsichtsräte stattfindet. Genossen, scheut die 1 Mark Unkosten nicht und erscheint alle! Abfahrt 6.46 abends, Rückfahrt ab Weißenfels 11.05. Also auf am Mittwoch nach Weißenfels! Vergeßt die rote Karte nicht einzustecken, sonst habt Ihr kein Stimmrecht!

Naumburg. Eine Ente der Naumburger „Tante“! Das hiesige „Tageblatt“ schrieb vor einigen Tagen, daß die **kommunistischen Stadtverordneten in Bad Kösen, Kotlarski und Bach, aus der Kommunistischen Partei ausgetreten seien.** Solche und andere Notizen, die geeignet erscheinen, die KPD. in den Augen der arbeitenden Massen zu diskreditieren, erscheinen besonders jetzt zu bestimmten Zwecken. Auch die sozialdemokratische Presse beteiligt sich feste an diesem Verleumdungsfeldzug gegen die Kommunisten. Der Schwindel stellt sich aber immer gar bald heraus. So auch in diesem Falle. Die beiden genannten Genossen erklären, daß **die Notiz des „Tagebl.“ von ihrem Austritt aus der KPD. gemeiner Schwindel ist.** Na, da haben wir den Salat! Wer werden nun die nächsten sein, die aus der KPD „ausgetreten“ sind?

Teuchern. Feueralarm erschreckte gestern, Sonntag, abend ½9 Uhr die hiesige Einwohnerschaft. Im Fahrradgeschäft von Karl Holbe war Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete und auch auf die Apotheke übergriff. Ein Teil vom „Deutschen Haus“, in dem sich das genannte Fahrradgeschäft befand, sowie der obere Teil und das Hintergebäude der Apotheke sind vernichtet. Erst nach Mitternacht gelang es den Feuerwehren, des Brandes Herr zu werden. Ueber die Ursache des Feuers ist noch nichts bekannt.

Zeitz. Achtung, Betriebsräte und Kartelldelegierte! Heute, Montag, abend ½8 Uhr in der „Steinschenke“ **Sitzung für alle Industriegruppen und Kartelldelegierten.** Alle oppositionellen Kollegen haben zu erscheinen.

Zeitz. Bei der Arbeit abgestürzt! Am Hause der „Zeitzer Neuesten Nachrichten“ werden vom Malermeister Dunau Malerarbeiten ausgeführt. Dabei stürzte der Lehrling Ernst Voitzsch aus ziemlicher Höhe ab. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus eingeliefert.

Bitterfeld-Delitzsch

Söllichau. Erdrutsch. Auf der Söllichauer Straße, kurz vor der Gleinermühle, ereignete sich ein schweres Unglück. Auf der ganzen Breite des Fahrdammes brach das Erdreich in einer Ausdehnung von 5 zu 5 Meter in sich zusammen. Von einem in dem Augenblick darüber fahrenden Geschirr stürzten Pferde, Wagen und Fuhrleute in die Tiefe. Während der Führer des Gespannes und Inhaber des Gefährts nur leicht verletzt wurden, waren die Pferde sofort tot.

Neues vom Tage

Großfeuer in Osterode. Im Maschinenhause der Fabrik von Burchardt & Co. in Osterode, brach Feuer aus, das auf das Wohnhaus übergriff. Es gelang zwar, das Mobiliar zum größten Teil zu retten, die Fabrik und das Wohnhaus wurden jedoch ein Raub der Flammen. **10 Familien sind obdachlos geworden.**

Eine Falschgeld-Werkstatt aufgedeckt. In einer östlich Berlins gelegenen Siedlung wurde eine völlig eingerichtete Werkstatt für die Herstellung von Falschgeld entdeckt. Drei Personen wurden verhaftet. Die in Angriff genommene Herstellung falscher Zehn-Rentenmark-Scheine war noch nicht vollendet; deshalb ist dies Falschgeld auch nicht in den Verkehr gelangt.

Aus der Jugendbewegung

Für sämtliche Ortsgruppen im Kreise Merseburg-Querfurt, findet am Mittwoch, dem 29. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“ eine äußerst wichtige Unterkonferenz statt. Alle Ortsgruppenvertreter müssen vertreten sein.

Bezirksleitung der KJ., Halle-Merseburg.

Arbeiter-Sport

Weißenfels. Fußball. 93 1. Weißenfels gegen Langendorf 1. Am 19. Oktober trafen sich auf dem Sportplatze „Meilenstein“ genannte Mannschaften zum Serienspiel der Endrunde. In der Vorrunde war 93 nicht angetreten. Der Spielverlauf: Langendorf nur mit 10 Mann. In der ersten Minute denkt W. schon die Führung an sich zu reißen, aber der Eckball wird vom H. R. haushoch über die Latte geschossen. Die vierte Minute sieht L. in Führung. Einige Minuten vor Halbzeit erst kann W. den Ausgleich erzielen. Bei Halbzeit: Eckenverhältnis 5 : 1 für W. Im Ganzen ist das Spiel nach Halbzeit ruhiger. Nur mit 8 Mann hält L. das Spiel offen und kann öfters das W. Tor in Gefahr bringen. Die zehnte Minute entscheidet das Spiel für W. durch einen Strafstoß. Der Schiedsrichter, nicht unparteiisch, muß dem Spielverlauf mehr folgen, dann können harte Entscheidungen nicht erst durch Zurufe geklärt werden. Die von W. gewonnenen zwei Punkte sind sicher, aber nicht das erzielte Torresultat, welches wider Erwarten ausfiel.

Naumburg. Dem 1. Kraft-Sport-Verein von 1899 ist es gelungen, für Sonnabend, den 1. November, die beste Mannschaft des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands im Ringen, den Turn- und Sportverein Fürth, zu einem Kampf nach hier zu verpflichten. Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters muß es sein, diese Veranstaltung zu unterstützen.

Verantwortlich: Hans Urban, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

„Zelida“-Dauerwäsche. Gummi-Bieder, Gr. Steinstr. 81

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Distrikt 18. Heute abend 7 Uhr Funktionärsitzung. Erscheinen ist Pflicht.

Ortsleitung. Montag abend 9 Uhr: **Sitzung.**

Stadtverordnetenfraktion am Montagnachmittag ¼4 Uhr im Stadthause: **Sitzung.**

Funktionärinnen. Montag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Produktiv“: **Sitzung.**

Oberbezirk Osten. Die zum Dienstag angesetzte öffentliche Frauenversammlung kann nicht stattfinden. Nähere Mitteilung folgt.

Distrikt 13 a. Distriktsversammlung Dienstag, abends 8 Uhr, im „Turnerschlößchen“, Grünstraße. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Distrikt 13. Freitag, abends 8 Uhr, in „Hübners Restaurant“, Kurze Gasse: **Distriktsversammlung.**

Betriebszellengruppenversammlung am Dienstag, 28. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ für folgende Betriebe: Produktiv-Genossenschaft, Allgemeiner Konsumverein und Allgemeine Ortskrankenkasse. Parteibuch ist vorzulegen. Alle Genossen haben sich an dieser wichtigen Versammlung zu beteiligen.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Montag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Roter Löwe“.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Ortsvorstand, Werbebezirksführer und die verschiedenen Kommissionen heute abend 8 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft“ Sitzung.

Werbebezirk Nord. Heute abend ½8 Uhr im „Volkspark“ Mitgliederpflichtversammlung. Erscheinen aller Kameraden unbedingt Pflicht.

Werbebezirk Zentrum. Heute abend 8 Uhr in der „Goldenen Kette“ (Alter Markt) Mitgliederpflichtversammlung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Mittwoch, abend 8 Uhr, im „Volkspark“ allgemeine Mitgliederpflichtversammlung. Dort muß ein jeder hallischer Kamerad anwesend sein. Abrechnungen sind daselbst zu entrichten.

Alle Mitglieder, welche noch nicht im Besitz der Abzeichen sind, müssen selbige vom Gruppenführer abfordern.

Saalkreis

Unterbezirksleitung Saalkreis, Ortsvorstand Halle, Bezirksvorstand. Montag abend 8 Uhr in der „Produktiv“, kleines Zimmer.

Rietleben. Dienstag, 28. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Sonne“: **Mitgliederversammlung.** Mittwoch, 29. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Sonne“: Jungsturm-Zusammenkunft.

Diemitz. Mittwoch, 29. Oktober, im Diemitzer „Gesellschaftshaus“: Versammlung.

Queis. Mittwoch, 29. Oktober, abends 8 Uhr, bei Sendewitz, Mitgliederversamml.

Kanena, Dieskau, Zwintschöna, Kleinkugel und Bruckdorf. Dienstag, abends 7½ Uhr, Treffen des Jungsturms bei Horn, Zwintschöna.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, „Goldene Kugel“: **Mitgliederversammlung.** Erscheinen ist Pflicht.

Kreisvorstand RFB.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandl., Harz 42/44

Wir suchen zum baldigen Antritt
einen tüchtigen Linotypesetzer
Nur solche, die eine jahrelange Praxis an der Maschine hinter sich haben, wollen ihre ausführliche Bewerbung einreichen an die
Produktivgenossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstraße 14

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg.
e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.
Fernruf 1045, 1047, 2251. — **Unsere Vertreter stehen zu Diensten.**

Zeitungsträger
für **Groß-Crostitz** (Kr. Delitzsch) für sofort gesucht. Zu melden bei **Emil Siegmann.**

Schreibwaren
empfehl. die **Volksbuchhandlungen**

Bekanntmachung

Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gewerblichen Betriebe des Kreises Torgau mit Einschluß der Stadt Torgau.

Die **Neuwahl** der

Ausschuß- und Vorstandsmitglieder

für die **Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Torgau** mit Einschluß der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Torgau soll demnächst stattfinden. Um geeignete Wahlvorschläge aufzustellen, werden hiermit sämtliche wahlberechtigten Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer

Versammlung am Freitag, dem 31. Oktober 1924, nachmittags 4 Uhr, im **Hotel „Kaiser Friedrich“** in **Torgau,** Breitestraße, eingeladen.

Es genügt, wenn die Beteiligten der einzelnen Betriebe einen oder mehrere Vertreter schicken, die mit entsprechenden Vorschlägen aufwarten können.

Wahlberechtigt sind die beteiligten volljährigen Arbeitgeber und die volljährigen Versicherten.

Satzung und Wahlordnung liegen in den Geschäftsstellen der unterzeichneten Kassen aus.

Torgau, den 24. Oktober 1924

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Torgau
Greß.
Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Torgau
Fröbel.

*774

Aufpolstern von Sofas und Matratzen
in u. auß. d. Hause, sowie Neuanfertig.
3169 **Scharf**
Thomasiusstr. 2

Schwarzer Schäferhund
mit gelben Pfoten, **entlaufen.**
Gegen Belohnung abzugeben 3170
Lettin,
Halleiche Straße 4

2 neue 1089
Kronleuchter
(3- und 4-flammig)
18 bis 20 Mk.
zu verkaufen
Weißenfels
Müllnerstr. 51 II l

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr:
Der Zigeunerbaron 3168
Barinkay: Kathammer
Saffi: Awissus
Mittwoch, 7½ Uhr:
Othello

Weißenfels 1039
Am Saalestrand
Morgen
Schlachtefest
Emil Illig.

Zeitungsträger
für **Dornstedt** bei Schafstaedt per sofort gesucht. Meldungen beim Genossen **Albert König**

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 9. 260 Tel. 131.
Gewerbliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Bauarbeiter, Schmiede, Schlosser, Elektriker, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Platz- und Tagebauarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Buchbinder, Medizinaldrogisten, Chemiker. **b) Offene Stellen:** Bessere Möbeltischler. **Abteilung für Landwirtschaft: a) Arbeitsuchende:** Geschirrführer, Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher, Tagelöhner. **b) Offene Stellen:** 2 kräftige Schweizer-Lehrburschen. **Berufsamt:** Offene Lehrstellen für sofort: Bäcker, Klempner, Fettenhauer. **Weibl. Abteilung: a) Arbeitsuchende:** Aufwartung, Dienstmädchen, Kindergärtnerin, Kontorpersonal, Kochlehrfräulein, Lehrfräulein für Geschäft, Scholarinnen, Gehilfin f. Damenschneiderei, Wirtschaftsfräulein, 25 J., tüchtig und erfahren im Haushalt. **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Hausmädchen für Güter, Näherinnen, Stallmädchen, Stubenmädchen f. Privat, erfahren im Nähen und Plätten, gebildete Wirtschafterin oder Mamsell für frauenlosen Gutshaushalt.

Reklame-Verkauf
um allen Schichten der Bevölkerung den Fischgenuß zu ermöglichen 3171
Nur Dienstag in der

Große Ulrichstr. 58
1 Waggon
Goldbarsch ohne Kopf ... Pfund **20** Pf.
Kabeljau ohne Kopf ... Pfund **45** Pf.
Weserstinte Pfund **10** Pf.
Alle anderen Fische billigst
Geöffnet von 8—7 Uhr durchgehend

Zeitungsträger
f. **Augsdorf** (Mansf. Seekr.) **gesucht.** Meldungen bei **Ernst Härtel.**

Zeitungsträger
für **Reideburg** zum 1. November **gesucht.** Meldungen an den Verlag **„Klassenkampf“, Halle**

Danksagung 3172

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir unseren besten Dank. Besonders Dank den Leuna-Kollegen für die Spende sowie Herrn Borgmann für die trostreichen Worte am Grabe.

Braschwitz, den 27. Okt. 1924

Die trauernde Ww. F. Rauer und Kinder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241027-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Behördlich genehmigte Verhöhnung und Verspottung der im Raubkrieg gefallenen 75er

Anders kann man den widerlichen Rummel, der sich gestern in Halle abspielte, wohl kaum bezeichnen. Die Einweihung einer weiteren Ehrentafel für die Gefallenen des Regiments 75 benutzten die „national" gesinnten Kreise dazu, um in den Straßen der Stadt mit Musik, Pickelhauben, Fahnen und Klempnerladen zu demonstrieren. Wenn alle diese Opfer noch einmal auferstehen könnten und erleben müßten, wie der große Teil ihrer Angehörigen in Not und Elend untergehen, wie die Witwen und Waisen jetzt der Armenverwaltung unterstellt werden, wie viele Kinder, deren Väter für die Interessen der Großkapitalisten gefallen, jetzt ohne Schuhwerk und äußerst notdürftig gekleidet durch die Straßen irren, wie trostlos und traurig die Verhältnisse der vielen Kriegsbeschädigten sind, die ihren Unterhalt durch Betteln verdienen müssen, — dann würde wohl dieser nationale Spuk zur Vergangenheit gehören. Diese Ueberpatrioten, die einmal die ganze Welt zur Genesung bringen wollten, und die Anspruch auf ihren „Bildungsgrad" und ihre „Anständigkeit" erheben, schämen sich nicht, aus der Einweihung einer Ehrentafel einen nationalen Rummel zu machen. Die Feier am Denkmal in der Artilleriekaserne war ja das Nebensächlichste und dauerte aus diesem Grunde auch nicht lange. Die Hauptsache, auf die es diesen „Kulturträgern" ankam, war der Umzug durch die Straßen der Stadt. Man konnte Studien machen. Alles war vertreten. Voran natürlich die Herren Offiziere, die oftmals Blumensträuße erhielten, während der hintenfolgende Knack natürlich unbeachtet blieb. Dicke Bierbäuche, halbverhungerte Bureaukraten, Kuhknechte, die teilweise sogar noch Stallmistspuren an den ungeputzten Schuhen trugen, alte Veteranen und so hinab bis zu den Hosenmätzen des Schilhelms. Wie blöde und dumm im übrigen aber diese Gesellschaft ist, beweist die Tatsache, daß während der Feier am Denkmal unter anderem gesungen wurde:

„Im Streite zur Seite ist Gott uns gestanden,
Er wollte, es sollte das Recht siegreich sein.
Da ward, kaum begonnen, die Schlacht schon gewonnen." usw.

Kann es mehr Dummheit geben? Ja, ja, der verfluchte „Dolchstoß" von hinten. Aber tröstet Euch, Ihr Ueberlebendeutschen nur damit, daß nun einmal das Recht siegreich sein sollte. Und über Eure gewonnenen Schlachten wollen wir auch nicht streiten, wir hoffen sogar, daß Ihr die kommende Revolution ebenso siegreich gewinnt, wie Ihr den Weltkrieg und den Frieden von Versailles und London gewonnen habt.

Nach der „Weihe" ging es zum Stadtschützenhaus, wo die Büffets gestürmt wurden, scheinbar um den Kummer über die vielen Opfer des Regiments hinunterzuspülen. Die unaufgeklärten Arbeiter, die noch an diesem Karneval teilnahmen, haben aber auch anläßlich der vielen Reden der Offiziere erfreut konstatieren können, daß die Revolution doch auch in mancher Beziehung Gutes mit sich gebracht hat. So werden sie jetzt im Gegensatz zu früher nicht mehr mit „Schweine", sondern mit „Kameraden" angeredet. So, Ihr schaffenden Festteilnehmer, nun gebt bei den kommenden Wahlen diesen nationalen Parteien Eure Stimme, dann kommt die Zeit auch bald wieder, wo man Euch wieder mit „Schweine" betitelt, Euch wie Schweine behandelt und Euch oder Eure Kinder schleift, daß Euch Hören und Sehen vergeht.

*

Zum Regimentstag wird uns noch geschrieben:

Von den angesagten Massen zum 75er-Tag war gestern, genau wie am 12. Oktober, wenig zu sehen. Die Pleite war noch größer als am 12. Oktober. In der ganzen Stadt sah man nur wenig Fahnen. Höchstens ab und zu bei Geschäftsleuten baumelte so ein schwarzweißroter Lappen heraus. Die Kriegervereine, Stahlhelm usw. sammelten sich auf dem Paradeplatz. Alles mußte militärisch antreten und um 9 Uhr ertönte das Kommando: „Rechts um!" Die Krieger setzten sich in Bewegung unter der Musik der in ihrer Phantasieuniform (halb Feuerwehrmann und halb Zahlmeister) bekannten Steuerkapelle. Am wieder zusammengeflickten Moltke-Denkmal in der Poststraße wurde: „Die Augen links!" kommandiert. Verschiedene Teilnehmer sollen dabei den Krampf in den Hals bekommen haben und müssen daher Zeit ihres Lebens dauernd als Schiefhälse herumlaufen. Die Musik spielte beim Vorbeimarsch „Heil Dir im Siegerkranz!" Auf dem Königsplatz schlossen sich die paar Männekens der 75er an. Der ganze Zug war, genau gezählt, 1776 Mann stark. Einschließlich der drei Musikkapellen, des Trommlerzuges vom Stahlhelm und den 396 Mann von den 75ern, 46 Fahnen waren vertreten. Unser Freund Duesterberg durfte natürlich nicht fehlen. Der ganze Vorbeimarsch dauerte nicht länger als neun Minuten.

Ja, es ist vorbei mit der Herrlichkeit .....

Gemeindearbeiterstreik beendet?

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband schreibt uns:

Am Sonnabend tagte in später Abendstunde eine vom amtlichen Schlichter des mitteldeutschen Schlichtungsbezirks berufene Schlichtungskammer, um über die Löhne der Gemeindearbeiter einen Schiedsspruch zu fällen, da der Streik in den meisten mitteldeutschen Städten in einer so scharfen Art zum Ausdruck kam.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hatte bereits dem Magistrat Magdeburg wissen lassen, daß am heutigen Montag die Technische Nothilfe zurückgezogen würde, **weil dieselbe Arbeiten verrichtete, die weit über den Rahmen ihrer Richtlinien hinausgingen, sowie ohne Genehmigung der Regierung eingesetzt sei.**

Die Schlichtungskammer hat folgenden Schiedsspruch gefällt: Der Augustlohn wird mit Wirkung ab 3. September bis zum 30. September um 3 Pf. auf 54 Pf. erhöht. Ab 1. Oktober wird der Septemberlohn von 54 Pf. auf 57 Pf. erhöht, ab 1. November wird der Oktoberlohn von 57 Pf. auf 59 Pf. erhöht. Zu diesen Löhnen tritt ein Haushalts- und Kindergeld von je 3 Pf., so daß ein verheirateter Handwerker mit einem Kind einen Spitzenlohn von 65 Pf. hat. Die alten Lohnklassen bleiben bis auf weiteres bestehen.

Am gestrigen Tage hat die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufene große Lohnkommission in Magdeburg zu diesem Schiedsspruch Stellung genommen und es wurde dort mit schwacher Mehrheit dieser Schiedsspruch angenommen.

Maßregelungen dürfen im mitteldeutschen Gebiet nicht stattfinden. Die Dienstzeit der Streikenden gilt als ununterbrochen weiter. Die Vertreter der streikenden Gemeindearbeiter stellten sich einstimmig auf den Standpunkt, daß die Arbeiter so geschlossen wieder in die Betriebe hineingehen würden, wie sie die Betriebe am Dienstag, dem 21. Oktober, verlassen haben.

Es liegt jetzt an dem Arbeitgeberverband und den Magistraten, diesem Streik so schnell wie möglich ein Ende zu machen, indem man die Streikenden, die geschlossen zusammenstehen, nach Annahme des Schiedsspruches durch die Arbeitgeber wieder in den Betrieben arbeiten läßt.

Die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands haben durch ihr einmütiges Zusammenstehen einen Sieg auf der ganzen noch Linie errungen. Mögen sie durch diesen Kampf gelernt haben, noch einmütiger zusammenzustehen, den letzten in städtischen Betrieben Beschäftigten zu organisieren und damit das Vertrauen zur Gewerkschaftsleitung und Gewerkschaftsführung in alle Herzen einzupflanzen.

Sechsköpfige Arbeiterfamilie durch Gas getötet

Schuld städtischer Behörden, die die Gemeindearbeiter in den Streik trieben

Einer entsetzlichen Vergiftungskatastrophe ist in der Nacht zum Sonntag die sechsköpfige Familie unseres Parteigenossen Maurer Otto Wettmann zum Opfer gefallen. Vor dem Hause Burgstraße 14 zu Giebichenstein, in dem sie parterre wohnte, war ein Gasrohr gebrochen. Das entweichende Gas drang von außen her in die Wohnung ein, anscheinend so plötzlich und in so starken Schwaden, daß die im Schlafe liegende Familie sofort bewußtlos wurde und rettungslos verloren war. Durch eine Kette von Umständen wurde das Unglück durch die Hausbewohner erst Sonntag vormittag in der zehnten Stunde bemerkt. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Riehm und die kurz darauf mit dem Sauerstoffapparat eintreffende Feuerwehr-Rettungskolonne bemühten sich vergeblich, da bei den Toten bereits seit Stunden die Leichenstarre eingetreten war.

Ueber die Umstände des erschütternden Unglücks wird uns von Augenzeugen berichtet: Bereits in den ersten Nachmittagsstunden des Sonnabends machte sich an der Straßenkreuzung Burgstraße-Königsberg intensiver Gasgeruch bemerkbar. Nach kurzer Zeit wirkte er so stark, daß die Frau des Bäckermeisters Landgraf, Burgstraße 13, in ihrem Laden ohnmächtig wurde. Daraufhin wurde das Gaswerk benachrichtigt. In der fünften Stunde trat ein Obermeister des Gaswerks mit zwei Streikbrechern ein und begann Aufreißungen. Man hatte die Rohrbruchstelle auf dem Straßendamm bald gefunden. Entweder sind nun die Leute solcher Feststellungsarbeiten vollkommen unkundig gewesen oder der Meister hat die Lage nicht für ernst angesehen — kurzum, man hatte nicht bemerkt, daß sich das entweichende Gas im Rohrkanalabzweig nach dem Königsberg zu entwickelt hatte. Man hat auch unterlassen, die Bewohner des Hauses Burgstraße 14 vor der drohenden Gefahr zu warnen. So kam es, daß die Familie Wettmann während der Nachtzeit von dem Gaseinbruch überrascht wurde und zugrunde ging.

Genosse Wettman war mit seiner Familie Sonnabend abend ausgegangen. Als sie gegen 11 Uhr nach Hause zurückkehrte, war in den Räumen noch nichts von Gas zu spüren. Eine Gasleitung ist im Hause Burgstraße 14 überhaupt nicht. Genossin Wettman bekam kurz nach der Rückkehr einen Herzkrämpfeanfall, weshalb Dr. Riehm zur Hilfeleistung herbeigerufen wurde. Auch er hat bei seinem Besuch in der zwölften Stunde in der Wettmannschen Wohnung nichts von Gasgeruch wahrgenommen. Gegen 1 Uhr muß Genosse Wettmann aber doch von außen her eindringenden Gasgeruch wahrgenommen haben. Denn um diese Zeit hat er, wie bemerkt worden ist, die Fenster der Schlafräume verhängnisvollerweise verschlossen, obzwar die Familie sonst regelmäßig bei offenem Fenster schläft. In der darauffolgenden Stunde muß dann der starke Gaseinbruch erfolgt sein. Wahrscheinlich haben die Gasschwaden in dem Gasrohrkanal nach dem Königsberg Widerstand gefunden, sind nach rechts abgedrückt worden und durch das sandige Erdreich durch die Wände des Hauses in die Schlafräume eingedrungen. Fünf Personen lagen in den Betten, Genosse Weitmann lag, nur mit der Hose bekleidet, mitten in dem Raum, in dem seine Kinder schliefen. Wahrscheinlich hat er, bereits in halbbewußtlosem Zustand, das Fenster öffnen wollen, es aber nicht mehr erreicht.

Die Familie Wettmann ist acht Köpfe stark. Vier Kinder waren noch zu Hause: Otto Wettmann, Maurer, 21 Jahre alt; Walter Wettmann, Zimmermann, 18 Jahre alt, Fritz Wettmann, Maurerlehrling, 16 Jahre alt, Ella Wettmann, 14 Jahre alt. Alle waren Parteimitglieder der KPD. und eifrige Funktionäre.

Wie der Polizeibericht meldet, sind die Leichen beschlagnahmt und nach dem Gertraudenfriedhof überführt worden. Zwei Beamte der Feuerwehr von der Rettungsabteilung sind an Gasvergiftungen erkrankt.

Offenkundiger Weise tragen die Behörden schwere Schuld an dem furchtbaren Unglück. Wären den streikenden Gemeindearbeitern die wirklich bescheidenen Lohnforderungen bewilligt worden, hätte sich der Magistrat nicht die brutale Scharfmacherpolitik des Kommunenverbandes aufzwingen lassen, die die mitteldeutschen Gemeindearbeiter in den Streik trieb, **dann wäre das Unglück wahrscheinlich vermieden worden.** Das ist auch die Ansicht vieler Bevölkerungskreise, ja selbst im bürgerlichen Lager.

Nach den Mitteilungen, die dem Gaswerk am Sonnabend gemacht worden waren und bei genügendem Ueberblick über die Gefahren für die benachbarten Häuser, bei ausreichendem Verantwortlichkeitsgefühl der maßgebenden Stellen hätten ganz andere Maßnahmen zum Schutze der Anwohner getroffen werden müssen. Unter Umständen mußte die Hauptleitung nach der Burgstraße abgesperrt werden, jedenfalls aber genügende Ableitungsmöglichkeiten geschaffen und die Bewohner der nächstgelegenen Häuser ernsthaft gewarnt werden. Weder das eine noch das andere ist geschehen.

Da sich die Belegschaft des Gaswerks Giebichenstein mit der dort untergebrachten Reparaturwerkstätte und des Außendienstes im Streik befindet, sind außer dem Meister nur zwei vollkommen ungeübte Leute an die Gefahrenstelle beordert worden.

Außerdem hatte die Verwaltung des Gaswerks bei Beginn des Streiks von einem Mitglied der Streikleitung über den Betriebsingenieur Stephan die Mitteilung bekommen, daß die Streikenden zwar Notstandsarbeiten im allgemeinen nicht verrichten werden, daß sie aber bereit sind, bei Rohrbrüchen und ähnlichen die Einwohnerschaft bedrohenden Vorfällen Arbeitskolonnen zu stellen. Es ist auch unterlassen worden, die gefährdeten Häuser abzusuchen; jedenfalls hätte das mehrere Male geschehen müssen auf Grund der Erfahrungen, die bei ähnlichen Fällen bisher gemacht worden sind. Da das Haus Burgstraße 14 nur etwa einen Meter von der Gasleitung nach dem Königsberg abliegt, war gerade dieses Haus als besonders gefährdet zu betrachten.

*

Folgende Dringlichkeitsanträge wird die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in der heutigen Sitzung einbringen:

I.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. **Die Forderungen der streikenden Gemeindearbeiter werden sofort bewilligt. Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich den gleichen Beschluß zu fassen.**
2. **Die Technische Nothilfe ist aus den Werken sofort zurückzuziehen.**
3. **Die Streiktage sind als Arbeitstage zu bezahlen. Maßregelungen von Streikenden oder Begünstigungen der Streikbrecher sind den Werksleitungen zu untersagen.**
4. **Der Magistrat wird ersucht, sofort mit der Streikleitung Verhandlungen aufzunehmen.**
5. **Die Stadt Halle erklärt sofort ihren Austritt aus dem Kommunenverband.**

II.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, sofort eine Untersuchungsausschuß zu bestellen, in dem die Fraktionen nach Maßgabe ihrer Stärke vertreten sind, der festzustellen hat, ob eine städtische Dienststelle Schuld an den tödlichen Gasvergiftungen in der Burgstraße trägt.

Schiedsspruch

Die vom Schlichter für das mitteldeutsche Schlichtungsgebiet berufene Schlichtungskammer in Sachen der Gemeindearbeiterlöhne und Lohngruppen hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

Lohnklassen	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
Alter Augustlohn	51	43	40	38	36	34	29	26	25
neuer Lohn f. Sept.	54	46	43	41	39	36	30	27	26
Oktoberlohn . . .	57	48	45	43	40	38	32	29	27
Novemberlohn . .	59	50	47	44	42	40	33	30	28
Haushaltsgeld .	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Kindergeld	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Nomberl. f. einen Verh. mit 1 Kind	65	56	53	50	48	46	39	36	34

Kommunistische Holzarbeiter!

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" wichtige Sitzung. Jeder muß erscheinen.

Mieter, gebt acht!

Vom Mieterverband wird uns geschrieben:

Schon oftmals haben wir in der Zeitung darauf hingewiesen, daß, wie überall im Reiche, auch hier in Halle der Hausbesitz im Endkampf um die Aufhebung der ihm bis in die Seele — weil an deren Stelle ein Geldsack sitzt — verhaßten Wohnungszwangswirtschaft systematisch deren Organ den in Frage kommenden Kreisen, d. h. der Mieterschaft, zu entfremden sucht. In raffinierter Weise ergeht er sich dabei in den heftigsten persönlichen Angriffen. Wie sehr wir Recht hatten, auf das systematische in dem Vorgehen der Hausbesitzerkreise aufmerksam zu machen, beweist ihr neuester Angriff gegen den Vorsitzenden der Reichsschlichtenabteilung des hiesigen Amtsgerichts. In einem Artikel der letzten Haus- und Grundbesitzerzeitung, groß überschrieben

„Herr Amtsgerichtsrat Dr. Nolte und sein Ofen"

wird über diesen Herrn in der übelsten Weise hergezogen. Ohne auf die Sache seinerzeit näher einzugehen, wollen wir nur folgendes erwähnen: Herr Amtsgerichtsrat Dr. Nolte wird wohl als Spezialist auf dem Gebiete des Wohnungsnotrechtes genau wissen, inwieweit er einem Anspruch gegen seine Vermieterin hat und wird sich auch überlegt haben, ob sich die gerichtliche Durchsetzung dieses Anspruches lohnt. Im übrigen soll, so viel wir gehört haben, dieser Artikel noch Weiterungen nach sich ziehen. Nun, wir gönnen das dem Verfasser derartiger Machwerke.

Außerdem erlaubten sich die Hausbesitzer (7 Prozent der Einwohnerschaft) einen **Antrag auf Abbau des Herrn Prof. Hein vom Mieteinigungsamt** einzubringen. Dieser Antrag soll in der heutigen Stadtverordnetensitzung beraten werden. Da der Hausbesitz bzw. deren Fraktion Prof. Hein nicht sachlich erledigen kann, so versucht man es mit schäbigen persönlichen Angriffen. Man glaubt mit dem Fallen des Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes, auch das Mieteinigungsamt und dessen Spruchpraxis beseitigen zu können. Die Stadtverordneten haben die Pflicht, die 93 Prozent Mieter zu schützen, die Institutionen zum Schutze der Mieterschaft vor derartigen Angriffen zu bewahren. Wer von den Stadtverordneten seine Stimme zur Beseitigung des Herrn Prof. Hein und damit auch der Spruchpraxis beim Mieteinigungsamt gibt, hat das Recht verloren, sich von den Mietern, die 93 Prozent der Einwohnerschaft sind, als gewählt zu betrachten.

Wir brachten neulich eine Notiz, überschrieben: „Ein interessantes Landgerichtsurteil!", die eine gewaltige Aufregung unter den Herren Hausbesitzern auslöste. Einmal sind sie über den Beschluß in rein sachlicher Hinsicht ganz außer sich, doch wollen wir heute zur Frage, ob das Landgerichtsurteil richtig oder falsch ist, keine Stellung nehmen. Nach sicheren Informationen wird sich das Landgericht in aller kürzester Zeit erneut damit beschäftigen.

Vor allem aber ist man empört über etwas anderes, was das eigentlich Interessante ausmacht: den vielbesprochenen Beschluß, der zugunsten der Mieter ergangen ist, hat der bekannte Rechtsanwalt Dr. Starke, Syndikus des Haus- und Grundbesitzervereins, erwirkt.

Wenn man überlegt: eine der Stützen des Hausbesitzes verbittet als Vertreter eines Mieters im Gegensatz zu dem von Hausbesitz eingenommenen Standpunkt unserer Ansicht zum Siege, dann wird man die Empörung unserer „lieben Freunde" menschlich begreiflich finden. Daraus kann zweierlei folgen: 1. Geld stinkt nicht und 2. eine eigene Meinung im Haus- und Grundbesitzerverein gibt es nicht. — Wie wir erfahren haben, soll „Großgericht" gegen den Sünder abgehalten werden, der es wagt, außer der Reihe zu tanzen. Wir hoffen, in Bälde darüber berichten zu können.

Mieter, wacht auf! Wem jetzt noch nicht die Augen aufgegangen sind, worauf die Hausbesitzer hinaus wollen, dem ist nicht zu helfen. Es geht um mehr, als nur Mietzinszahlung. Die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft würde Folgen nach sich ziehen, die die gesamte deutsche Volkswirtschaft aufs schwerste schädigen würde. Darum, stärkt unsere Reihen! **Hinein in den Mieterverband**, der durch seinen Anschluß an die Reichsorganisation allein imstande ist, maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung in unserem Sinne zu gewinnen!

An alle Ortsgruppen im Saalkreis!

In der Woche vom 27. Oktober bis 1. November finden in allen Arbeitsgebieten große, wichtige

Arbeitsgebiets-Funktionär-Konferenzen

wie folgt statt:

Montag, den 27. Oktober, in Könnern im „Bürgergarten", abends 8 Uhr.

Dienstag, den 28. Oktober, in Löbejün im „Schwarzen Adler", abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 29. Oktober, in Dölau bei Dierschke, abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 29. Oktober, in Seeben im Lokal Glaser, abends 8 Uhr.

Alle Ortsgruppenfunktionäre haben zu diesen Arbeitsgebiets-Funktionär-Konferenzen zu erscheinen. Es werden Anweisungen für die Wahlarbeit gegeben. **Die Saalkreisleitung.**

Diemitz. Funktionärsitzung heute, Montag, abend 8 Uhr, bei Hugo.

Zwintschöna. Morgen abend 7 Uhr findet nach langer Zeit die erste Gemeindevertretersitzung statt. Da u. a. die Neueinführung des Gemeindevorstehers stattfindet, ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund Halle. Heute, Montag, abend 6½ Uhr Vorstandssitzung beim Genossen Franz G. — Morgen, Dienstag, 3 Uhr Gruppe Süd in der „Produktiv-Genossenschaft".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241027-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Wie der Bauer den Dawes spürt!

Zwangsversteigerung!

Am Freitag, dem 24. Oktober 1924, vormittags 11 Uhr, versteigere ich im Auftrage des Finanzamts Mansfeld in dem Nichmannschen Gasthof zu Brennrode einen 11 bis 12 Zentner schweren Springbullen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Mansfeld, den 21. Oktober 1924.

Rothdurft, Steuervollzieher.

Solche und ähnliche Anzeigen findet man seit kurzem des öfteren in den lokalen Zeitungen. Sie malen ein prächtiges Bild **bäuerlichen „Wohlstandes" und „Aufstieges"**, wie ihn die deutschen Regierungsparteien von den Sozialdemokraten bis zu den Völkischen und Deutschnationalen bei der letzten Reichstagswahl und bei der Annahme des Dawes-Gutachtens den dörflichen Wählern in hochtönenden Worten versprochen haben. Fürwahr, ein herrliches Bild, das glänzende Aussichten für die Zukunft verspricht. Und das Tragische dabei ist, daß dies erst der Anfang ist, denn die größten „Segnungen" des Dawes-Gutachtens stehen dem deutschen Volke noch bevor. Jeder Bauer wird das begreifen, wenn er hört, daß die Reparationen, die Herr Dawes für Herrn Morgan und die anderen Blutsauger aus den Knochen der deutschen Werktätigen pressen will und muß, von Jahr zu Jahr rapid steigen sollen und werden. Wenn jetzt, in der für den Bauer relativ günstigsten Zeit des Jahres, in der Zeit, wo er die Erträge der Ernte wenigstens schon zum größten Teil verfügbar hat, der Exekutor ihn schon zur Füllung des Steuersäckels ein Stück Vieh nach dem anderen aus dem Stalle holt, was wird dem Bauer dann im nächsten Frühjahr blühen?

Abgesehen von der Demütigung, die eine Zwangsversteigerung schon an und für sich für den Dörfler bietet, hat die Sache auch noch eine weitere katastrophale Seite. Ein Bauer, der sich noch irgendwie zu helfen weiß, wird es so leicht nie zu einer Pfändung, geschweige denn gar zu einer Zwangsversteigerung seines Eigentums kommen lassen weil er sich dadurch am schwersten in seiner Ehre gekränkt fühlt. Dazu kommt, daß ein zwangsweise versteigertes Wertstück bei der heutigen Geldknappheit stets weit unter Wert verkauft wird. Oft beträgt der Erlös für dasselbe kaum 40 Prozent des wirklichen Wertes. Die restlichen 60 Prozent gehen also dem Bauer durch die Zwangsversteigerung verloren. Niemand gibt ihm dafür Ersatz. Weder die Steuerkasse, noch Herr Dawes und am allerwenigsten die Gaunerbande von den Sozialdemokraten bis zu den Völkischen und Deutschnationalen, die durch die Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstag erst diese Erdrosselung des Bauern vorbereitet und sanktioniert haben. Diese selbe Gaunergesellschaft, die sich um die Futterkrippe der Regierung als den Lohn für den Verrat am deutschen Volk balgt, schrie noch nie so laut wie jetzt gegen ihren einzigen Feind, der auch der einzige wirkliche Feind des Herrn Dawes und seiner Auftraggeber ist, gegen die **Kommunistische Partei** und die Dritte Internationale.

Weißt Du noch, Bauer, wie diese Gaunerbande der völkisch-bürgerlich-sozialistischen Einheitsfront Dich vor den Kommunisten gruselig machte mit dem Argument, daß Dir die Kommunisten die letzte Kuh aus dem Stalle ziehen würden? Und jetzt?!

Die bürgerlich-sozialistische Gesellschaft weiß ganz genau, daß sie dereinst Deinen Zorn zu fürchten haben wird. Darum auch diese Reichstagsauflösung, ehe das kommende Frühjahr und die damit unabwendbar kommende Vernichtung des bäuerlichen Besitzes Dir, Bauer, die Augen völlig über Deine wahren Feinde öffnet. Die Handlanger des Herrn Dawes, die Regierung und die Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Völkisch-Deutschnationalen, wissen genau, was ihnen droht, wenn Dir, Bauer, durch die Erfahrungen am eigenen Leibe die Augen aufgehen werden. Darum überfällt man Dich zugleich mit der Reichstagsauflösung mit unflätigen Anschuldigungen und einer maßlosen Hetze gegen die Kommunisten die man Dir als „Landesverräter", „Giftmischer", „Mörder" und wer weiß was sonst noch schildert, um Dir vor den Kommunisten graulich zu machen.

Die Kommunisten sind die einzigen, die es ehrlich mit Dir gemeint haben, die Dir keine hochtönenden Versprechungen gemacht und Dich hinterher verraten haben. Die Kommunisten sind die einzigen, die Dir klipp und klar gesagt haben, daß Du Dich nur retten kannst, **wenn Du Dich konsequent in die Front der proletarischen Klassenkämpfer einreihst.** Begreife, daß der Dawes-Plan die einzige Möglichkeit der Konsolidierung, das heißt der Neubefestigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ist. Der Kapitalismus kann sich aber nur noch halten **auf Kosten des Kleinbesitzes, auf Deine Kosten, Bauer!** Begreife dies, dann wird Dir vieles klar werden. Siehe nach Rußland, dem einzigen Lande, in dem bisher die Kommunisten regierten. Rußland ist ein Agrarstaat, das heißt ein Land, dessen Bevölkerung in der Hauptsache aus Bauern besteht. Wisse, daß die russischen Bauern eine der treuesten Stützen der kommunistischen Herrschaft sind, und lerne dadurch erkennen, wie sehr man Dich belogen und betrogen hat.

Die Kommunisten sind die einzigen und wirklichen Freunde aller Schaffenden, aber die Todfeinde aller Parasiten und Schmarotzer à la Morgan, Dawes, Stinnes und der bürgerlich-sozialistischen Gesellschaft, genannt Regierungskoalition.

Gehst Du am 7. Dezember zur Wahl und wählst völkisch, bürgerlich oder sozialistisch, denn wählst Du bewußt Deinen Untergang. Gehst Du nicht zur Wahl, dann fügst Du Dich widerstandslos in die Hände Deiner Henker, die Dich kaltlächelnd abtun werden. Wählst Du aber Kommunisten, dann stellst Du Dich bewußt in die Reihen der aufrechten Klassenkämpfer, der Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft. Dann dokumentierst Du, daß Du alles andere denn Deinen Untergang willst, daß Du den Willen zum Leben hast.

Noch einmal: Wir Kommunisten kommen nicht zu Dir mit hochtönenden Versprechungen. Wir sagen Dir klipp und klar, willst Du geholfen sein, so hilf Dir selber, oder, mit den Worten unseres großen Marx zu reden: „Die Befreiung der Arbeiterklasse **kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein." Zu den Arbeitern aber gehörst auch Du!**

Iratus.

Das wahre Gesicht der Erwerbslosenfürsorge

Für die Erwerbslosen ist kein Geld da — Agrarier erhalten die Gelder aus der Erwerbslosenfürsorge!

Die Not der Erwerbslosen schreit zum Himmel. Die Behörden haben kein Verständnis zur Linderung der bitteren Not. Noch sind Tausende und aber Tausende Erwerbslose in Deutschland und auch in Mitteldeutschland vorhanden. Viele Hunderttausende werden infolge Durchführung des Dawes-Plans erwerbslos werden, kurz arbeiten müssen.

Es war bisher nie Geld vorhanden, die Erwerbslosen mit einigermaßen ausreichenden Mitteln zu versehen. Mit erbärmlichen Beträgen mußten die Erwerbslosen sich abspeisen lassen. Alle Anträge, Beschwerden, Vorstellungen bei den Ministerien usw. waren erfolglos. Alles prallte ab. Alle Bitten, alle Drohungen, alle Hinweise auf die bittere Not waren erfolglos. Es hieß immer: **Es ist kein Geld da!** Im Januar und Februar dieses Jahres erhielten die Erwerbslosen nur etwa ein Sechstel der Sätze ausgezahlt. Zur weiteren, höheren, zur Auszahlung der gesetzlichen Sätze der Erwerbslosenunterstützung war nichts da. Die Erwerbslosen und Kurzarbeiter mußten sehen, wie sie mit 60 Pf., 80 Pf., 1 Mk., 1,20 Mk. in der Woche auskommen konnten.

Hunger und Elend grassierten damals und auch heute noch. Hunger, Not und Elend wird in stärkerem Maße wie bisher steter Gast bei den arbeitslosen und kurzarbeitenden Proleten werden. Die Behörden haben für die Notlage des Proletariats kein Verständnis. Sie haben ja nicht einmal ein Verständnis für das arbeitende Proletariat. Die Behörden, der Morgan- und Stinnes-Staat hat nur Interesse an ungeheurer und vermehrter Ausbeutung des Proletariats, nicht aber für das, was gezwungen ist, auf der Straße zu liegen.

Die Erwerbslosenfürsorge, jenes Schandgesetz, welches den Arbeiter seinen Lohn zweimal verdienen läßt und wonach der Arbeiter bei eintretender Arbeitslosigkeit schließlich sein eigener Arbeitgeber ist und seinen eigenen schon einmal verdienten Lohn nochmals erarbeiten muß (produktive Erwerbslosenfürsorge) ist nicht geschaffen, die arbeitslosen Proleten mit Mitteln, und wenn sie noch so karg sind, zu versorgen.

Das wahre Gesicht der produktiven Erwerbslosenfürsorge, der Erwerbslosenfürsorge überhaupt, ist nichts anderes, als eine Steuerschraube, als ein Betrug, wodurch der Prolet um seine sauer verdienten Groschen zebracht wird und **dem Besitz riesenhafte Geschenke** gemacht werden.

In der **„Wittenberger Zeitung"** erläßt der Landrat als Vorsitzender des Kreisausschusses folgende **Bekanntmachung:**

Landkreis Wittenberg

Zinslose Tilgungsdarlehen zum Bau von Landarbeiterwohnungen

Für alle nach dem 1. Januar 1924 begonnenen Neubauten von Wohnungen für deutsche Landarbeiter und ihnen gleichgestellte ländliche Handwerker (Gärtner usw.) werden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zinslose Tilgungs-Darlehen gewährt. Die Anträge sind bei der Landwirtschaftskammer unter Beifügung eines Lageplanes, der erforderlichen Grundrisse, Ansichten und Schnitte, eines Kostenüberschlags und einer Verpflichtungserklärung einzureichen. Der Förderungsbetrag wird durch Vervielfältigung der Quadratmeterzahl der Wohn-, Stall- und Scheunenfläche mit den jeweiligen Einheitssätzen ermittelt. Wohnflächen kommen bis zu 70 Quadratmeter, Ställe und Scheunen bis zu 20 Quadratmeter Nutzfläche für 1 Familie in Ansatz. Folgende Einheitssätze kommen augenblicklich in Frage:

	wenn der Arbeitgeber als Bauherr auftritt:	Wenn der Arbeitnehmer als Bauherr auftritt:
1. für 1 qm Wohnfläche . .	25.— Mk.	35.— Mk.
2. für 1 qm Stallfläche . .	12.— Mk.	18.— Mk.
3. für 1 qm Scheunenfläche .	5.— Mk.	9.— Mk.

Das zinslose Darlehen wird in Goldmark gegeben und ist innerhalb von 10 bzw. 20 Jahren in Raten zu tilgen. Zinsen werden nicht erhoben. Die Tilgungsraten sind jährlich am 1. Oktober — jedoch frühestens 6 Monate nach Fertigstellung des Baues — fällig und an den zuständigen Herrn Regierungspräsidenten abzuführen. Die Tilgung des Darlehens ist grundbuchlich durch Eintragung einer Reallast zu sichern. Ebenfalls ist eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit, daß die in Frage kommenden Wohnungen auf die Dauer von 50 Jahren nur von deutschstämmigen Landarbeiterfamilien bewohnt werden dürfen, einzutragen.

Nähere Auskunft erteilt die Landwirtschaftskammer, Halle a. d. S., Kaiserstraße 7, Zimmer 217, von der auch die Vordrucke für die Verpflichtungserklärung und die vorgeschriebene Eintragungsbewilligung anzufordern sind.

Wittenberg, den 22. Oktober 1924.

Der Landrat als Vorsitzender des Kreisausschusses.

Ein größerer Betrug ist wohl mit Hilfe eines Gesetzes noch nicht verübt worden. Es müssen durch die **produktive Erwerbslosenfürsorge** doch schon ganz erhebliche Mittel aufgebracht worden sein. Denn sonst könnte doch aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht jedem Landarbeiter und **ihnen gleichgestellte ländliche Handwerker (Gärtner usw.), der einen Neubau nach dem** 1. Januar 1924 begonnen hat, **zinslose Tilgungsdarlehn** gewährt werden. Und ausgerechnet sind die Anträge bei der **Landwirtschaftskammer** einzureichen. Wer die Landwirtschaftskammer und deren Geflogenheiten kennt, der weiß, daß schon die Nennung der Landarbeiter eitel Schaumschlägerei ist; daß nie oder nur in sehr geringen Ausnahmefällen ausgerechnet Landarbeitern die „zinslosen" Tilgungsdarlehn gewährt werden. Diese Liebesgaben werden nur die „gleichgestellten ländlichen Handwerker, Gärtner usw." bekommen. Die Bekanntmachung wird ja auch noch deutlicher und sagt, daß die Mittel auch an **Arbeitgeber** vergeben werden sollen. Nun wissen wir auch, wie die den Landarbeitern „gleichgestellten" ländlichen Handwerker (Gärtner usw.) aussehen. Die Arbeitgeber, die etwa niedrigere Sätze erhalten sollen, wenn sie als Bauherrn auftreten, gehören unter die Kategorie „usw.". Das sind denn alle die lieben netten Freunde der Landwirtschaftskammer, die **Großagrarier.**

Diese sinkende Gesellschaft schämt sich nicht, von der produktiven Erwerbslosenfürsorge Geschenke anzunehmen! Wie sollte sie auch? Ist doch die Erwerbslosenfürsorge eigens dazu geschaffen worden, nicht für erwerbslose Prolet. Unterstützungen sicherzustellen, diesen eine Unterstützung, die das Existenzminimum erreicht oder auch nur zum trocknen Brot reicht, zu geben, nein, nur um der „**notleidenden Landwirtschaft" zinslose Tilgungsdarlehn** zu gewähren.

Welcher deutsche Landarbeiter hat seit dem 1. Januar 1924 einen **Neubau** begonnen? Aber wieviel **„ihnen gleichgestellte" ländliche Handwerker** haben seit dem 1. Januar 1924 mit Neubauten begonnen?

Was nutzt die Bemerkung, daß die beschränkte persönliche Dienstbarkeit im Grundbuche einzutragen ist, daß die in Frage kommenden Wohnungen, auf die Dauer von 50 Jahren nur von **deutschstämmigen** Landarbeiterfamilien bewohnt werden dürfen, wenn aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge neben Wohnungen auch Stallung und Scheunen erbaut werden können. **Es werden sehr wenig Wohnungen erbaut werden,** in denen 50 Jahre lang deutschstämmige Landarbeiterfamilien wohnen, es werden nach Herzenslust **mit dem zinslosen Gelde Stallungen und besonders Scheunen** erbaut werden. Was kümmert dem Großagrarier die Wohnungsnot auf dem Lande! Er hat bisher nichts dagegen getan. Noch hausen die „deutschstämmigen" Landarbeiterfamilien in elenden Löchern und für die **fremdstämmigen Landarbeiter** und deren Familien hat der **stinkige Großagrarier nur** noch **baufällige Kasernenwohnungen** zur Verfügung, **in denen von Wohnungshygiene nichts zu spüren ist. Der Großagrarier wird** sich den Teufel darum scheren, **ob deutschstämmige Landarbeiter 50 Jahre in den Wohnungen wohnen.** Er wird Scheunen und Ställe oder besser gesagt, er wird aus dem größten Volksbetrug sich **ein neues Gut erbauen. Dabei wird die Landwirtschaftskammer ihm wohlwollend zur Seite stehen und seinen Antrag selbstverständlich** berücksichtigen.

Der **„deutschstämmige" Landarbeiter, der Fabrikarbeiter und alle die Proleten, denen die Erwerbslosenfürsorge vom kargen Lohn genommen worden ist, alle die, welche produktive Erwerbslosenfürsorge geleistet haben und mit eigenem Gelde „entlohnt" wurden, deren Verdienst durch die Arbeitsleistung nicht an sie ausgezahlt wurde, alle die, welche heute keine oder nur geringe Erwerbslosenunterstützung erhalten, überhaupt alle Proletarier,** müssen am 7. Dezember 1924 bei der Reichstagswahl diesem elenden Schacher mit ihrem Gelde ein Ende machen, dadurch, daß sie ihre Stimmen den Kommunisten geben und sich sofort in die Kampffront des revolutionären Proletariats einreihen und Mitglied der KPD. werden. Nur die KPD. wird mit diesem Saustall aufräumen. Deshalb hinein in die KPD.!

Schafft ein neues, ein kommunistisches Deutschland, in dem eine derartige Schweinerei unmöglich ist!

Merseburg-Querfurt

An die Parteifunktionäre in Dürrenberg, Teuditz und Goddula!

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Teuditz (früher Geßner), **wichtige Sitzung der gesamten Funktionäre des** Bezirksgebiets Dürrenberg. Erscheinen aller Genossen ist unbedingt Pflicht, da die Wahlarbeiten organisiert werden müssen, um so mehr, als die Weiße Justiz mit allen Mitteln das freie Wahlrecht durch Bekämpfung der KPD. unterbinden will.

Der Rote Stern

11 Ein utopischer Roman von A. Bogdanow

Aus dem Russischen übersetzt von H. J. M.

Erschienen im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg

(Nachdruck verboten.)

Ich blickte hinab, und mir wurde schwer ums Herz, weil ich nicht mehr meine Heimat sah, wo so viel Leben, Kampf und Leiden herrschen, wo ich noch zeitweise in den Reihen der Genossen stand, und wo heute ein anderer meine Stelle einnimmt. Zweifel schlichen sich in meine Seele.

„Dort unten fließt Blut", sprach ich. „Hier jedoch ist aus dem geistigen Arbeiter ein beschaulicher Betrachter geworden."

„Das Blut fließt um einer besseren Zukunft willen", entgegnete Netti. „Und dieser Kampf fordert das Kennen einer besseren Zukunft. Um diese ennnisse zu erwerben, sind Sie hier."

Von unwillkürlicher Bewegung ergriff, griff ich nach seiner kleinen, fast kindlichen Hand.

VIII.

Die Annäherung.

Die Erde entfernte sich immer mehr und verwandelte sich, gleichsam als zürnte sie ob dieser Trennung, in eine Mondsichel, die die winzige Sichel des wirklichen Mondes begleitete. Parallel damit waren wir, die Bewohner des Aetherones, gleich phantastischen Akrobaten, die ohne Flügel zu fliegen und nach Belieben im Raum jede Stellung einzunehmen vermögen, mit dem Kopf bald auf dem Fußboden, bald auf der Decke, bald auf den Wänden stehen . . . darin fast keinen Unterschied sehen . . . Allmählich näherte ich mich meinen neuen Gefährten und begann mich unter ihnen heimisch zu fühlen.

Schon am Tag nach unserer Abfahrt (wir hielten an dieser Zeitberechnung fest, obgleich es für uns natürlich weder wirkliche Tage, noch Nächte gab) legte ich dem eigenen Wunsch zufolge, die Kleidung der Marsbewohner an, um weniger von den übrigen abzustechen. Freilich zeßel mir diese Kleidung auch an und für sich: sie war einfach, bequem, ohne nutzlose Einzelheiten wie Kragen und Manschetten, gestattete die größtmögliche Freiheit der Bewegung. Die einzelnen Teile des Gewandes wurden durch Klammern verbunden, so daß das ganze Gewand zwar einheitlich, aber dennoch leicht an- und auszuziehen war; so vermochte man zum Beispiel den einen, oder beide Aermel, oder aber die ganze Bluse abzulegen. Und die Manieren meiner Mitreisenden glichen ihrem Gewand: sie waren einfach, ermangelten alles Ueberflüssigen, jeder Konventionalität. Sie begrüßten einander nicht, verabschiedeten sich nicht, dankten nicht, verlängerten nicht aus Höflichkeit ein Gespräch, wenn der Zweck desselben erreicht war. Zur gleichen Zeit jedoch gaben sie voller Geduld jedem die erwünschten Erklärungen, paßten sich genau der geistigen Einstellung des Fragenden an, nahmen Rücksicht auf dessen Psychologie, wenngleich diese auch nicht im geringsten der ihren glich.

Selbstverständlich ging ich gleich am ersten Tag an das Erlernen ihrer Sprache, und sie waren alle gerne bereit, mir als Lehrer zu dienen, vor allem aber Netti. Die Sprache war äußerst originell, und trotz der einfachen Grammatik und Regeln eigneten ihr Einzelheiten, an die ich mich schwer anzupassen vermochte. Die Regeln hatten keine Ausnahmen, es gab auch keine Unterschiede, kein männliches, weibliches oder sächliches Geschlecht. Hingegen besaßen die Namen der Gegenstände und die Eigennamen eine Biegung, die sich auf das Zeitliche bezog. Dies wollte mir nicht recht in den Kopf.

„Was für einen Sinn haben diese Formen?" fragte ich Netti.

„Begreifen Sie es denn nicht? Wenn Sie in ihrer Sprache einen Gegenstand benennen, so achten Sie sorgsam darauf, ob er männlich oder weiblich ist, was bei leblosen Gegenständen äußerst unwichtig, bei lebendigen aber sehr merkwürdig erscheint. Es ist weitem wichtiger, zwischen jenen Gegenständen zu unterscheiden, die jetzt bestehen, und jenen, die waren oder erst sein werden. Bei Euch ist das Haus sächlich, der Kahn männlich, bei den Franzosen ist das Haus weiblich Geschlechts, das Ding an sich aber bleibt dasselbe. Wenn Ihr aber von einem Haus redet, das bereits abgebrannt oder das noch nicht erbaut ist, so verwendet Ihr das gleiche Wort und die gleiche Form, wie wenn Ihr von dem Hause sprecht, in dem Ihr jetzt. Gibt es denn in der Natur einen größeren Unterschied als den zwischen einem lebenden und einem toten Menschen, zwischen dem, was ist, und dem, was nicht ist? Ihr braucht ganze Worte und Sätze, um diesen Unterschied auszudrücken — ist es nicht weit besser, dies durch das Hinzufügen eines Buchstabens zu tun?"

Jedenfalls war Netti mit meinem Gedächtnis zufrieden; seine Lehrmethode schien äußerst gut, und ich kam rasch vorwärts. Dies half mir bei der Annäherung an meine Reisegefährten, ich begann der Reise auf dem Aetheroneff mit großem Vertrauen entgegenzusehen, begab mich in Kajüten und Laboratorien, befragte die Marsbewohner über alles, was mich beschäftigte.

Der junge Astronom Enno, Sternis Gehilfe, ein lebhafter, heiterer Mensch, dem Wuchs nach fast noch ein Knabe, zeigte mir eine Menge interessanter Dinge, nicht bloß Berechnungen und Formeln, — auf diesem Gebiet war er Meister, — sondern auch die Schönheit dieser Beobachtungen. Mir war in der Gesellschaft des jungen Astronom-Dichters wohl zumute; der Trieb, mich über unsere Lage in der Natur genau zu orientieren, lenkte meine Schritte immer von neuem zu Enno und seinem Teleskop.

Einmal zeigte mir Enno durch das stärkste Vergrößerungsglas den winzigen Planeten Eros; ein Teil von dessen Bahn lag zwischen der Erde und dem Mars, der andere befand sich weiter als der Mars, im Gebiet der Asteroiden. Damals befand sich der Eros auf hunderfünfzig Millionen Kilometer von uns entfernt, aber die Photographie seiner kleinen Scheibe zeigte im mikroskopischen Maßstab die ganze Landkarte, die der des Mondes glich. Selbstverständlich war auch der Eros ein toter Stern, gleich dem Monde.

Ein anderes Mal photographierte Enno einen Schwarm Meteore, die etliche hundert Millionen Kilometer von uns entfernt waren. Auf diesem Bild waren natürlich nur verschwommene Nebel zu sehen. Bei dieser Gelegenheit erzählte mir Enno, daß eine der früheren Expeditionen zur gleichen Zeit zugrunde ging, als ein derartiger Schwarm Meteore niederschoß. Die Astronomen, die mit großen Teleskopen die Fahrt des Aetheroneffs beobachteten, sahen, wie plötzlich das elektrische Licht erlosch, — der Aetheroneff aber verschwand auf ewig im Raum.

Wahrscheinlich war der Aetheroneff mit einigen dieser winzigen Körper zusammengestoßen, bei der ungeheuerlichen Geschwindigkeit mochten diese die Wände durchbohrt haben. Die Luft drang in den Raum und die Kälte der zwischen den Planeten befindlichen Sphäre ließ die bereits toten Körper der Reisenden gefrieren. Nun fliegt der Aetheroneff dahin, folgt der Bahn der Kometen, entfernt sich auf immer von der Sonne. Niemand weiß, wo der Weg dieses schauerlichen, von Leichen bemannten Schiffes enden wird.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241027-16/fragment/page=0006